



Presseschau vom 19.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Aljona Sadoroshnaja, Darja Wolkowa, Rafael Fachrutdinow: **Experimente an ukrainischen Soldaten – Die biologischen Angriffspläne der USA gegen Russland**

Seit Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine im Februar dringen zunehmend mehr Einzelheiten über das großangelegte US-amerikanische Biowaffenprogramm in der Ukraine an die Öffentlichkeit. Offenbar wurde ukrainisches Militärpersonal den Wirkungen von Krankheitserregern ausgesetzt. ...

<https://kurz.rt.com/32sd> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Scholz verplappert sich – Lag der Moment des Verrats deutscher Interessen schon im Dezember?

Sind sie dumm, unterwürfig oder böseartig? Das muss man sich angesichts der EU-Sanktionen und ihrer Folgen bezüglich der Mitglieder dieser Bundesregierung fragen. Nun hat Olaf Scholz verraten, dass schon im Dezember, also drei Monate vor Verhängung der Sanktionen, über deren Folgen nachgedacht wurde. ...

<https://kurz.rt.com/32y1> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Der menschliche Körper als Investitionsfeld für Biotechnik, Pharma und Kontrollindustrie"**

Der Publizist Hannes Hofbauer erklärt, wie in der 4. Revolution nicht mehr die Arbeitsprozesse, sondern die Menschen verändert werden sollen – als Ergebnis einer systemimmanenten Verwertungslogik des Kapitals. Mangels Analysefähigkeit folgen viele Linke den staatlichen Maßnahmen, die zum Profit der Leitkonzerne führen. ...

<https://kurz.rt.com/32w3> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: **Erben des Ustascha-Regimes verwehren Nachkommen der Opfer Besuch im KZ Jasenovac**

Zagreb hat eine nach serbischen Angaben als Privatbesuch gedachte Visite von Präsident Aleksandar Vučić zur Gedenkstätte des Konzentrationslagers Jasenovac aus dem Zweiten Weltkrieg, in dem Hunderttausende Serben, Juden und Roma ermordet wurden, untersagt. ...

<https://kurz.rt.com/32xt> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: **Großbritanniens militärischer Niedergang verdeutlicht den Kollaps der NATO**

Die von der NATO geplante Verstärkung ihrer "Reaktionskräfte" an der Ostflanke zeigt nur Wunschdenken. Londons Ringen um militärische Relevanz ist ein perfektes Beispiel dafür. Es entlarvt den Zusammenbruch der Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit des Militärbündnisses. ...

<https://kurz.rt.com/32wp> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Aufmerksam! Eine bisher ungehaltene Rede des deutschen Bundeskanzlers an sein Volk**

Exklusiv präsentiert RT DE seinen treuen Lesern heute eine Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz, die er möglicherweise schon bald an seine Landsleute richten wird – oder vielmehr richten könnte. Damit die Deutschen endlich begreifen, vor welch großen und herrlichen

Zeiten "wir alle zusammen" einmal wieder stehen. ...

<https://kurz.rt.com/32yg> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: NATO-Truppen in die Ukraine? Es wird schon laut darüber nachgedacht

Eigentlich müsste der Westen seine Niederlage in der Ukraine nur eingestehen und die Neutralität des Landes und die freie Entscheidung seiner Bewohner, wohin sie gehören wollen, akzeptieren. Statt dessen wird über eine weitere Eskalation sinniert. ...

<https://kurz.rt.com/3310> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:20 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen weiter Ortschaften in der DVR: Ein Zivilist tot**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination hat den Beschuss der Ortschaften Dolomitnoje und Werchentorezkoje durch ukrainisches Militär gemeldet. Auf beide Siedlungen seien mehrere Artilleriegeschosse vom NATO-Kaliber 155 Millimeter abgefeuert worden. Nach Angaben des Stabs für Territorialverteidigung der DVR ist beim Beschuss der Siedlung Werchentorezkoje, die etwa 25 Kilometer nördlich von Donezk liegt, ein Mann ums Leben gekommen. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete außerdem unter Verweis auf einen Offizier des 9. Regiments der Donezker Volksmiliz, dass in Werchentorezkoje speziell die örtliche Kirche unter Beschuss genommen worden sei. Er erklärte in Bezug auf die von der Ukraine eingesetzten Waffen:

"Die amerikanischen Haubitzen sind ein wenig genauer, das Kaliber ist etwas größer, sie verursachen ernsthafte Zerstörungen. Aber dadurch, dass die ukrainische Armee hauptsächlich nicht militärische Einrichtungen, sondern Zivilisten angreift, sorgen sie damit nur für Wut."

19:40 de.rt.com: **Gefährliche Virusvarianten in Bio-Laboratorien in Sewerodonezk und Lissitschansk gefunden**

Der Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz Andrei Marotschko hat die Entdeckung mehrerer gefährlicher Virusvarianten in den Bio-Laboratorien der von der Ukraine verlassenen Städte Sewerodonezk und Lissitschansk gemeldet. Er erklärte der Nachrichtenagentur TASS:

"Was Pathogene angeht, gibt es gefährliche Virenstämme, es gibt auch andere gefährliche Substanzen, die für Umwelt und Menschen schädlich sein könnten."

Marotschko fügte hinzu, dass außerdem eine große Anzahl an Medikamenten gefunden worden sei, die nicht vom ukrainischen Gesundheitsministerium registriert und dennoch massenproduziert worden seien. Zuvor hatte Marotschko berichtet, dass die Laboratorien unter anderem Drogen herstellten, die an ukrainische Streitkräfte geliefert worden seien. Vermutungen von Medien zufolge handelt es sich bei den Laboratorien in Sewerodonezk und Lissitschansk um geheime Einrichtungen der USA.

20:00 de.rt.com: **HIMARS-Mannschaften werden von westlichen Instruktoren befehligt, behauptet LVR**

In einer Fernsendung des russischen Ersten Kanals hat der Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz, Andrei Marotschko, behauptet, dass die Bedienungsmannschaften der an die Ukraine gelieferten HIMARS-Mehrfachraketenwerfer vor Ort von westlichen Instruktoren kommandiert werden. Dabei werden die Raketenwerfer vor allem für Angriffe auf zivile Infrastruktur eingesetzt, wie von der LVR bereits mehrfach beklagt. Marotschko sagte:

"Bezüglich der Instruktoren ist das tatsächlich bestätigte Information aus drei unterschiedlichen Quellen, folglich ist sie wahrheitsgetreu. Das ist eine Tatsache. Wohin

zielen sie? Sie zielen auf kritisch wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur. Am Samstag griffen sie die Oberleitungsbus-Station der Stadt Altschewsk an. In dieser Station befindet sich kein militärisches Objekt."

Zuvor hatte Russlands Außenminister Sergei Lawrow bereits die Vermutung aufgestellt, dass der Einsatz der ukrainischen Raketenwerfer vor Ort von westlichen Richtschützen koordiniert werde. Er äußerte die Hoffnung, dass sich Europa der Folgen einer solchen Entscheidung bewusst sei.

20:24 de.rt.com: **Medienberichte: Deutsche Industrie könnte ohne russisches Gas stillstehen**

Jörg Rothermel vom Verband der Chemischen Industrie Deutschlands hat gesagt, dass die deutsche Industrie ohne russisches Gas stillstehen könnte. Ihm zufolge können nur zwei bis drei Prozent des Gasverbrauchs der Industrie durch Öl oder Kohle ersetzt werden.

Eine Gasverknappung könnte dazu führen, dass Deutschland die Produktion einiger Güter aufgeben muss. Das hat Jörg Rothermel vom Verband der Chemischen Industrie Deutschlands in einem [Interview](#) mit der Zeitung Financial Times am Montag gesagt. Er erklärte:

"Es besteht jetzt die Gefahr, dass wir in Deutschland bestimmte Dinge nicht mehr produzieren können, weil es einfach kein Gas mehr gibt oder die Energiepreise so hoch sind, dass es sich nicht mehr lohnt."

Einige Unternehmen haben Anlagen, die mit anderen Brennstoffen wie Öl oder Kohle betrieben werden können, erläuterte er. Es wird jedoch geschätzt, dass nur zwei bis drei Prozent des Gasverbrauchs der chemischen Industrie auf diese Weise ersetzt werden könnte. Rothermel stellte fest:

"Das reicht nicht aus, um unser Problem zu lösen."

Petr Cingr, Vorstandsvorsitzender des größten Ammoniakproduzenten und Düngemittelherstellers Deutschlands, SKW Stickstoffwerke Piesteritz, sagte ebenfalls, dass das Unternehmen die Produktion "sofort" einstellen müsste, wenn die Gaslieferungen aus Russland unterbrochen würden. Er fügte hinzu, die steigenden Herstellungskosten hätten bereits begonnen, sich negativ auf die Nachfrage auszuwirken.

Seit dem 11. Juli sind die Lieferungen durch Nord Stream - die wichtigste Exportroute für Gas aus Russland nach Europa - für zehn Tage unterbrochen worden, da die Pipeline jährlich gewartet wird. Seit Mitte Juni ist Nord Stream nur noch mit 40 Prozent seiner maximalen Kapazität in Betrieb, weil Siemens die Gaspump-Einheiten nach einer Reparatur in Montréal aufgrund der kanadischen Sanktionen gegen Russland nicht rechtzeitig zurückgeschickt hat. Kanada beschloss am 9. Juli, die reparierte Siemens-Turbine nach zahlreichen Aufforderungen durch Deutschland zurückzugeben. Die EU-Kommission erklärte, dass derartige Maßnahmen Ottawas nicht gegen die antirussischen EU-Sanktionen verstoßen, da diese nicht für Ausrüstung für den Gastransit gelten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d57e4648fbef45b21ccb1f.jpg>

20:40 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt erneut Gebiet nahe Wasserkraftwerk in Nowaja Kachowka**

Das ukrainische Militär hat das Territorium nahe des Wasserkraftwerks in Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson erneut unter Beschuss genommen. Nach Angaben des Chefs der lokalen Bezirksverwaltung, Wladimir Leontjew, wurde infolge des Angriffs am Montag eine Gasleitung beschädigt, wodurch ein Brand ausgebrochen sei. Das Feuer sei inzwischen gelöscht worden, hieß es.

Wie der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, gegenüber TASS ergänzte, blieb das Kachowskaja-Wasserkraftwerk von dem Beschuss verschont, sodass die Energieversorgung nicht beeinträchtigt wurde. Angaben zu möglichen Todesopfern oder Verletzten lagen zunächst nicht vor.

Seit der vergangenen Woche wird Nowaja Kachowka vermehrt Ziel von ukrainischen Angriffen. Früher am Montag hatte Kiew bereits mehrere Raketen auf das Bezirk abgefeuert. Unter anderem fielen die Schüsse laut Leontjew auf die Siedlungen Satelit und Bereslaw.

20:44 de.rt.com: **Scholz: "EU kann sich kein nationales Veto in der Außenpolitik mehr leisten"**

In einem Beitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), schreibt Bundeskanzler Olaf Scholz, dass sich die Europäische Union in Fragen der Außenpolitik nicht mehr länger nationale Vetos leisten könne. Sonst "findet man kein Gehör mehr in einer Welt konkurrierender Großmächte".

Die Europäische Union könne es sich nicht länger leisten, nationale Vetos bei Entscheidungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union aufrechtzuerhalten, schrieb Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Meinungsbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am Sonntag. Sonst "findet man kein Gehör mehr in einer Welt konkurrierender Großmächte".

Die militärische Auseinandersetzung zwischen Kiew und Moskau mache die Einheit Europas [der EU] immer dringlicher und erhöhe den Druck für ein Ende der "egoistischen Blockaden europäischer" Entscheidungen durch einzelne [EU-]Mitgliedsstaaten, so Scholz weiter in seinem Artikel. Scholz in seinem Beitrag:

"Schluss mit den egoistischen Blockaden europäischer Beschlüsse durch einzelne Mitgliedstaaten. Schluss mit nationalen Alleingängen, die Europa als Ganzem schaden. Nationale Vetos, etwa in der Außenpolitik, können wir uns schlicht nicht mehr leisten, wenn wir weiter gehört werden wollen in einer Welt konkurrierender Großmächte."

Scholz sieht sich mit der Kritik Kiews und anderer westlicher Verbündeter konfrontiert, dass Deutschland in der Ukraine-Krise keine Führungsposition eingenommen habe – ein Vorwurf, den Scholz immer wieder zurückgewiesen hat.

Die militärische Eskalation in der Ukraine hat zu einem grundlegenden Wandel in der deutschen Verteidigungspolitik geführt. Scholz schreibt, die G7 und andere Länder könnten zusammenarbeiten, um Lösungen für die weltweite Nahrungsmittelkrise, den Klimawandel und die Pandemie zu finden, wenn "Deutschland Verantwortung für Europa und die Welt übernehmen" würde.

Weiter schrieb Scholz, dass Deutschland in den kommenden Monaten Vorschläge für eine gemeinsame "europäische" Migrationspolitik, den Aufbau einer "europäischen" Verteidigung, technologische Souveränität und demokratische Widerstandsfähigkeit machen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d55345b480cc07d547f4a5.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz während des 13. Petersberger Klimadialog am 18. Juli 2022 im Auswärtigen Amt in Berlin

21:00 de.rt.com: **Wasserzufuhr nach Sewerodonezk soll bis zum Wochenende eingerichtet werden**

Bis zum Ende der laufenden Woche sollen Lieferungen von Trink- und Betriebswasser in die Stadt Sewerodonezk eingerichtet werden. Dies erklärte der Übergangsbürgermeister der Stadt, Nikolai Morgunow, in einer Sendung des Kanals Rossiya-1. Er sagte:

"Die Aufgabe, die in dieser Woche gelöst wird, ist die Organisation der Zufuhr von Trink- und Betriebswasser in die Stadt, denn heute gibt es Probleme damit."

Zuvor hatte Morgunow angekündigt, dass in Sewerodonezk zwei Tankstationen eröffnet werden sollen. Außerdem hätten die ersten 14 Personen die Arbeit im Chemiewerk "Asot" aufgenommen.

Die Stadt Sewerodonezk war am 25. Juni von den Streitkräften Russlands und der Lugansker Volksrepublik eingenommen worden.

21:30 de.rt.com: **Uschakow: Bedingungen für Gespräche mit der Ukraine könnten sich von den früheren unterscheiden**

Wie die Agentur [TASS](#) meldet, sieht Moskau kein Interesse auf Seiten Kiews und des Westens an einer Wiederaufnahme der russisch-ukrainischen Gespräche, warnt aber, dass die Bedingungen für solche Kontakte bereits anders als in der Vergangenheit sein könnten, sagte Jurij Uschakow, Berater des russischen Präsidenten, am Montag gegenüber Reportern. Der Kreml-Vertreter führte aus:

"Wenn die Verhandlungen jetzt wieder aufgenommen werden, ich weiß nicht, dann werden vielleicht schon die Bedingungen für sie völlig anders sein. Wir werden sehen."

Gleichzeitig betonte er, dass "bisher kein Interesse seitens Kiews und der westlichen Staaten" bestehe.

Uschakow erinnerte daran, dass die russisch-ukrainischen Gespräche "nach der grundsätzlichen Einigung über die Vereinbarungen von Istanbul" [unterbrochen](#) wurden.

"Seitdem unterhielt und unterhält die ukrainische Delegation keine Kontakte mehr zu uns", sagte er.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5a3e848fbef4df4616710.jpg>

Der russische Präsidentenberater Jurij Uschakow (links) und der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Walerij Gerassimow, während eines Treffens des russischen Präsidenten mit seinem amerikanischen Amtskollegen in der Villa La Grange in Genf am 16. Juni 2021

21:50 de.rt.com: **Behörden bezeichnen humanitäre Lage in Lissitschansk als schwierig**

Der geschäftsführende Bürgermeister von Lissitschansk, Andrei Skory, hat eine prekäre humanitäre Lage in der Stadt beklagt. Im Gespräch mit dem Fernsehsender Rossiya 24 sagte er:

"Die Situation ist schwierig, die Infrastruktur ist zerstört, das heißt die Kesselhäuser, die wichtigsten in der Stadt, wurden von ukrainischen Nationalisten gesprengt. Es gibt kein Wasser und keinen Strom, der Müll wird nicht abgefahren."

Das Oberhaupt der Stadt fügte hinzu, dass es in Lissitschansk dennoch keine humanitäre Katastrophe gebe. Skory wies darauf hin, dass in der Stadt nun die Stromversorgung wiederaufgebaut werden müsse, wozu man elektrische Ausrüstung benötige. Er betonte darüber hinaus, dass Lissitschansk zuvor 40 Prozent des Gebiets der Volksrepublik Lugansk mit Wasser versorgt hatte, so dass es wichtig sei, das Problem der Wasserversorgung in Stachanow, Perwomajski und Gorski sowie in anderen Siedlungen zu lösen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d5a808b480cc0719191d26.jpg>

Ruine des Druschba-Kinos in Lissitschansk, 8. Juli 2022

22:13 de.rt.com: **Peskow: Kandidaten für Amt des britischen Premierministers lassen Zurückhaltung vermissen**

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat gesagt, dass es allen Kandidaten für das Amt des britischen Premierministers, das bisher Boris Johnson innehatte, an Zurückhaltung fehle. Er fügte hinzu, dass der Kreml die Aussagen aller Kandidaten beobachte.

Nicht alle Anwärter auf das Amt des britischen Premierministers können mit diplomatischer Zurückhaltung aufwarten. Dies hat der russische Präidentensprecher Dmitri Peskow Reportern auf die Frage geantwortet, ob der Kreml die Debatten der Kandidaten verfolge. Laut Peskow registriere Moskau sorgfältig alle Äußerungen der Amtsanwärter. Auf die Frage, ob Moskau bereit sei, Außenministerin Liz Truss zu empfangen, die sich ebenfalls für das höchste Regierungsamt bewirbt, wollte er jedoch nicht antworten.

Peskow fügte hinzu, dass sich Russland auf die Teilnahme am G20-Gipfel vorbereite. Eine Entscheidung über die Durchführbarkeit werde aber erst später getroffen. Gleichzeitig gab der Kremlsprecher an, dass es bei den bilateralen Treffen noch keine Vereinbarungen gebe. Truss hatte wiederholt Kritik an den russischen Behörden geübt. So erklärte Truss am 17. Juli, dass sie im Falle ihrer Ernennung zur Premierministerin ein Treffen auf dem G20-Gipfel in Indonesien anstrebe. Sie erklärte:

"Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir die Stimmen der freien Welt haben, die Wladimir Putin belagern. Ich war bereit, den russischen Außenminister Sergei Lawrow zurechtzuweisen. Und ich bin bereit, es Putin direkt zu sagen und ihn aufzufordern, mit wichtigen Ländern wie Indien und Indonesien zu sprechen. Ich werde dorthin gehen und ihn zu einem Gespräch vorladen."

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erwiderte, Truss sei nicht alt genug, um jemanden zu belagern oder zu einem Gespräch aufzufordern. Die britische Außenministerin besuchte Moskau im Februar und führte Gespräche mit ihrem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. Letzterer bezeichnete die Ergebnisse der Gespräche später als erfolglos und nannte sie "ein Gespräch von Stummen mit Tauben".

Das Amt des britischen Premierministers ist nach dem Rücktritt von Boris Johnson vakant geworden. Neben Truss konkurrieren der ehemalige Finanzminister Rishi Sunak, die Staatsministerin für Handelspolitik Penny Mordaunt und die ehemalige Ministerin für Gleichstellung und Kommunalverwaltung Kemi Badenoch um das höchste Regierungsamt. In der Debatte am Vortag haben alle Kandidaten ihre Ansichten zu den Verhandlungen mit Russland dargelegt. So erklärte Badenoch, sie habe nicht die Absicht, Zeit mit Russland zu verschwenden, während Mordaunt sagte, sie werde sich nicht an den Verhandlungstisch setzen, solange die Feindseligkeiten in der Ukraine andauern. Sunak sagte, dass er nicht zum G20-Gipfel fahren würde, wenn der russische Finanzminister Anton Siluanow anwesend wäre.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5931b48fbef46033708f4.jpg>

22:15 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Ukraine setzt als Provokation Getreidefelder in Brand**

Der Leiter von Russlands Nationalem Zentrum für Verteidigungsverwaltung, Generaloberst Michail Misinzew, hat nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt, dass ukrainische Militärangehörige trotz einer drohenden Lebensmittelkrise Getreidefelder in Brand setzen würden, um dies Russland anzulasten. Er sagte:

"In den Gebieten Saporoschje, Nikolajew, Charkow und Cherson setzen Angehörige der ukrainischen Streitkräfte gemeinsam mit Militanten aus nationalistischen Bataillonen Getreidefelder bewusst in Brand unter Einsatz von Artillerie und Hubschraubern."

Misinzew fügte hinzu, dass diese Provokationen vor dem Hintergrund der Klagen des "zivilisierten" Westens stattfinden, wonach Russland angeblich eine weltweite Lebensmittelkrise herbeiführe. Er wies darauf hin, dass diese und ähnliche Fälle von der Weltgemeinschaft ignoriert werden und rief die UNO, die Weltgesundheitsorganisation sowie das Rote Kreuz dazu auf, vor Kiews Verbrechen an der eigenen Bevölkerung nicht weiterhin "die Augen zuzudrücken".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d5b7b348fbef77ef10e6e4.jpg>
Durch ukrainischen Beschuss verbranntes Getreide im Gebiet Cherson, Aufnahme vom 3. Juli

22:35 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Microsoft führt Befehl des Pentagons aus, der Ukraine die digitale Souveränität zu entziehen**

Der Microsoft-Konzern erfüllt, wie [TASS](#) berichtet, offenbar den Auftrag der US-Geheimdienste und des Pentagons, die vollständige Kontrolle über die gesamte Informationsinfrastruktur der Ukraine zu übernehmen und sie ihrer digitalen Souveränität zu berauben. Dies geht jedenfalls aus einem Kommentar hervor, den der stellvertretende russische Außenminister Oleg Syromolotow am Montag zum durchaus antirussischen [Microsoft-Bericht](#) "Defending Ukraine: Early Lessons from the Cyber War" veröffentlichte. "Wir haben uns mit diesem Material befasst. Alles deutet darauf hin, dass der Bericht nach den russophoben Vorgaben der US-Administration oder allgemein nach dem Diktat ihrer Funktionäre verfasst worden ist. Sie enthält Mythen über Hacker, die auf Geheiß Moskaus handeln. Es gibt Schauergeschichten über eine russische Bedrohung der sogenannten Demokratien. Das Unternehmen macht sich nicht die Mühe, irgendwelche Beweise vorzulegen", so Syromolotow.

"Wir haben guten Grund festzustellen: Microsoft führt den Befehl des Pentagons und der Spezialdienste aus, die gesamte Informationsinfrastruktur der Ukraine vollständig zu kontrollieren und sie jeglicher digitaler Souveränität zu berauben. Das Unternehmen selbst hat dies in dem erwähnten Bericht zugegeben", fügte der stellvertretende Minister hinzu.

Er sagte weiterhin, dass das Bedrohungsanalysezentrum von Microsoft die ukrainischen Behörden unter dem Deckmantel des Versprechens, zur Stärkung der Sicherheit beizutragen, dazu überredet hat, Fernzugriff auf ihre Netzwerke zu gewähren. "Insbesondere durch die Verwendung der Funktion 'kontrollierter Ordnerzugriff' in Microsoft Defender, einer Anwendung zum Schutz vor Cyberbedrohungen. Unter dem Vorwand, das Sicherheitsniveau der Informationsressourcen ukrainischer Regierungsbehörden zu bewerten, wurden mithilfe der RiskIQ-Dienste Geräte mit ungepatchten bekannten Schwachstellen identifiziert, die nun von den Amerikanern genutzt werden können", fügte er hinzu.

"Mit anderen Worten: Das Regime von Selenskij hat einem amerikanischen Unternehmen Zugang zu allen Kommunikationsgeräten im Land gewährt. Kiew gab Microsoft die Instrumente zur Überwachung, Provokation und Durchführung von Computerangriffen "unter falscher Flagge". Offenbar ist die berüchtigte 'IT-Armee der Ukraine', die sich immer wieder damit brüstet, Server in Russland zu hacken, auch das Werk von Microsoft", betonte Syromolotow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5adf848fbef4603370913.jpg>

22:55 de.rt.com: **UN-Generalsekretär fordert die Rückkehr russischer Lebensmittel auf die Weltmärkte**

Hunger könnte in diesem Jahr in vielen Teilen der Welt noch vermieden werden, wenn Lebensmittel aus Russland und der Ukraine sowie Düngemittel aus Russland unverzüglich auf die Weltmärkte zurückgeführt würden, hat UN-Generalsekretär António Guterres auf einer Veranstaltung zur Ernährungssicherheit erklärt, wie [RIA Nowosti](#) berichtet.

"Wir riskieren in diesem Jahr in vielen Regionen eine Hungersnot. Im nächsten Jahr könnte die Situation noch schlimmer sein. Aber wir können diese Katastrophe vermeiden, wenn wir jetzt handeln und wenn wir gemeinsam mutige und koordinierte politische Maßnahmen ergreifen",

sagte Guterres, dessen Videobotschaft im Saal gezeigt wurde.

"Dies bedeutet, dass die Lebensmittelproduktion der Ukraine und die Lebensmittel- und Düngemittelprodukte Russlands unverzüglich wieder in die Weltmärkte integriert werden müssen und der internationale Handel offen gehalten bleiben muss", fügte er hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5bcfb48fbef77ef10e6ec.png>
Weizenernte in der Region Dschankoj auf der Krim

vormittags:

7:00 de.rt.com: Selenskij und Bolsonaro besprechen Lage an der Front

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat mit seinem brasilianischen Amtskollegen Jair Bolsonaro telefoniert. Themen des Gesprächs seien die Lage an der Front sowie eine Wiederaufnahme der ukrainischen Getreideexporte gewesen, schrieb Selenskij auf Twitter. Er fügte hinzu, dass er alle Partner dazu aufrufe, sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen.

Bolsonaro verfolgt in dem Krieg nach eigenen Angaben eine Linie des Gleichgewichts. Medienberichten zufolge plant Brasilien, mit Russland weitere Verträge über den Kauf von Diesel abzuschließen. "Die wirtschaftlichen Schranken der Vereinigten Staaten und Europas gegen Russland haben nicht funktioniert", sagte Bolsonaro jüngst.

7:03 de.rt.com: EU einigt sich mit Aserbaidshan auf Verdoppelung der Gaslieferungen

Die EU sucht Alternativen zu russischem Gas und vereinbart mit Aserbaidshan, die Kapazität des südlichen Gaskorridors zu verdoppeln. Im Rahmen des Abkommens werden die aserbaidshanischen Gasimporte in die EU bis 2027 auf 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr steigen.

Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen haben in Baku ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Energiebereich unterzeichnet. In dem Dokument ist unter anderem von einer Verdoppelung der Kapazität des südlichen Gaskorridors die Rede. Die Einfuhren aserbaidshanischen Erdgases in die EU werden bis 2027 auf 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr ansteigen.

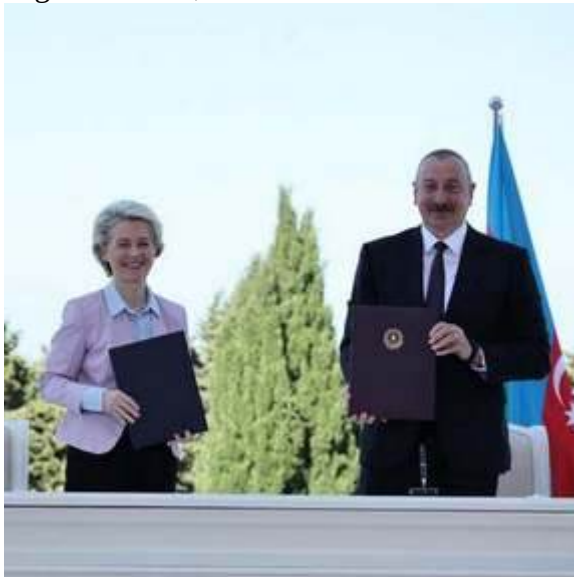
Aserbaidshan wird außerdem seine Gaslieferungen an die EU von über acht Milliarden Kubikmeter im Jahr 2021 auf voraussichtlich zwölf Milliarden Kubikmeter im Jahr 2022 erhöhen. Diesbezüglich sagte von der Leyen:

"Mit dieser Absichtserklärung verpflichten wir uns zum Ausbau des südlichen Gaskorridors. Er ist bereits eine sehr wichtige Versorgungsrouten für die EU, die derzeit mehr als acht Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr liefert. Und in ein paar Jahren werden wir sie auf 20 Milliarden Kubikmeter erweitern. Ab dem nächsten Jahr sollten wir bereits zwölf Milliarden Kubikmeter erreichen."

Sie erklärte, dass dies dazu beitragen werde, Unterbrechungen der russischen Gaslieferungen auszugleichen und die Versorgungssicherheit Europas deutlich zu erhöhen. Es wird erwartet, dass sich die aserbaidshanischen Gasimporte bis 2027 verdoppeln werden.

Seit der Verhängung von Sanktionen verlangt Russland von "unfreundlichen" Ländern die

Bezahlung von Gas im Rahmen eines neuen Systems, das die Umrechnung von Devisen in Rubel vorsieht. Mehrere Länder hatten sich geweigert, im Rahmen dieser Regelung zu zahlen, woraufhin Gazprom die Brennstofflieferungen an sie einstellte. Vor diesem Hintergrund begann die EU, nach Alternativen zum russischen Gas zu suchen.



<https://pbs.twimg.com/media/FX8vZ1lWQAAwQT?format=jpg&name=small>

7:55 de.rt.com: **Diplomat Uljanow: EU begeht politischen Selbstmord**

Der russische Botschafter bei den internationalen Gremien in Wien, Michail Uljanow, ist der Ansicht, dass die Europäische Union politischen Selbstmord begeht, indem sie den Anweisungen der Vereinigten Staaten folgt. Das teilte der Diplomat am Montagabend auf Telegram mit.

"Es sieht so aus, als würde die EU politischen Selbstmord begehen, indem sie Washingtons Anweisungen mit Enthusiasmus und ohne zu zögern folgt".

8:00 de.rt.com: **Bundesregierung prüft längere AKW-Laufzeiten – Zoff zwischen Grünen und FDP**

Die Debatte um eine längere Laufzeit der letzten deutschen Atomkraftwerke wird zunehmend zu einem Stresstest für die Ampelkoalition. Nun überprüft die Bundesregierung neue Szenarien. Demnach könnte die Regierung die Atomkraftwerke länger laufen lassen. In der Ampelkoalition gibt es zunehmend Streit um die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Noch am Wochenende wiesen führende Grünen-Politiker Forderungen nach einer Laufzeitverlängerung als Mittel gegen die drohende Energiekrise deutlich zurück. Die Forderungen kamen unter anderem vom Koalitionspartner FDP. So sagte Fraktionschef Christian Dürr den Zeitungen der Funke-Mediengruppe:

"Ich rate dringend dazu, die Laufzeiten der Kernkraftwerke für einen befristeten Zeitraum zu verlängern. Entgegen anderslautender Einschätzungen hat bereits ein Betreiber erklärt, dass er willens und in der Lage ist, die Laufzeiten befristet zu verlängern."

Gegenüber dem Handelsblatt warnte Dürr vor den möglichen Folgen eines Stopps der Gaslieferungen aus Russland:

"Wenn die Gaslieferungen aus Russland dauerhaft ausbleiben, droht eine echte Krise. Es geht nicht nur um drastisch steigende Heizkosten, sondern auch um stillgelegte Produktionen bei der Industrie oder leere Supermarktgale."

Noch am Samstag warf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) den Befürworten einer Laufzeitverlängerung mangelnde Objektivität vor:

"Erst einmal ist die Atomkraft eine Hochrisikotechnologie und einige Äußerungen sind mir da einfach zu spielerisch. Fakt ist: Wir haben aktuell ein Gasproblem, kein Stromproblem. Dieses

'Wir lassen die mal weiterlaufen, dann wird schon alles gut' steht weder im Verhältnis zu den Abstrichen bei den Sicherheitsstandards, die wir dafür in Kauf nehmen müssten, noch ist es der Situation angemessen."

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Land monierte, Atomkraft sei nicht das richtige Mittel, um unabhängig von russischen Gaslieferungen zu werden. In einem Interview behauptete sie, dass Atomkraft weniger als ein Prozent der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken ersetzen könne. Eine Laufzeitverlängerung wäre daher so, als "ob man ein Pflaster auf die falsche Stelle klebt".

Doch nun könnte sich die Bundesregierung für einen Weiterbetrieb der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus entscheiden. Und die Grünen rudern scheinbar zurück.

Eine Regierungssprecherin sagte am Montag, dass die Diskussion über die Atomkraftwerke für die Bundesregierung von Anfang an "keine ideologische, sondern eine rein fachliche Frage" gewesen sei und verwies auf einen angekündigten zweiten Stresstest zur Sicherheit der Stromversorgung. Das sei die Grundlage von Entscheidungen.

Auch das Wirtschaftsministerium lässt sich eine Hintertür offen. Eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Habeck sagte, schon der erste Stresstest habe verschärfte Annahmen unterstellt:

"Wir rechnen jetzt noch mal und entscheiden dann auf der Basis von klaren Fakten."

Auch grünen Chefin Lange erklärte einen Tag später bei Anne Will, dass zum jetzigen Zeitpunkt Laufzeitverlängerungen kein Thema seien. Sie fügte aber hinzu, dass "wir wie in jedem Moment dieser Krise natürlich immer auf die aktuelle Situation reagieren müssen, dabei alle Maßnahmen prüfen werden. Wir haben das nie kategorisch ausgeschlossen, sondern wir haben immer aktuell geprüft, was macht in diesem Moment Sinn."

Die AKW-Betreiber betonten unterdessen erneut, dass es sich um eine Entscheidung der Politik handle. Beim zweiten Stresstest solle es darum gehen, ob die Versorgungssicherheit im Stromsektor und der sichere Betrieb des Netzes unter verschärften Annahmen gewährleistet seien. Mit Ergebnissen sei "in den nächsten Wochen zu rechnen".

In den Medien wird derweil [spekuliert](#), dass das Umschwenken der Grünen-Spitze aus parteipolitischen Erwägungen geschieht. So befürchten die Grünen möglicherweise, dass vor allem Wirtschaftsminister Habeck für eine "frierende Nation" im Winter verantwortlich gemacht wird.

Es dürfte jedoch unwahrscheinlich sein, dass die Grünen diese Kehrtwende der Parteibasis vermitteln können. So forderte die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm die Partei zum Umdenken auf, räumte gegenüber dem Handelsblatt jedoch ein, dass es nicht einfach sei, diesen Schritt der Parteibasis zu vermitteln und dass es sich vermutlich um "eine Mammutaufgabe" handle. So äußerte sich auch die Bundestags-Fraktionschefin der Grünen Britta Haßelmann bezüglich einer Laufzeitverlängerung der letzten drei Atomkraftwerke kritisch. Der Nachrichtenagentur dpa sagte sie am Montag:

"Es gibt einen gesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft, den setzen wir nicht aufs Spiel."

Bei der Atomkraft handle es sich um eine Hochrisikotechnologie, so Haßelmann.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d5c8cfb480cc5864183293.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 19.7.2022

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 20 Mann;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 3 Fahrzeuge.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 10 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Borowskoje und Woronowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So haben gestern Vertreter der „Volksfront“ mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für provisorische Unterkünfte für Flüchtlinge in Kirowsk geliefert.

8:30 de.rt.com: US-Außenministerium: Umgehung antirussischer Sanktionen wird China teuer zu stehen kommen

Die Vereinigten Staaten werden von China einen hohen Preis verlangen, falls das Land Waffen an Russland liefert oder Moskau dabei hilft, Sanktionen zu umgehen. Dies sagte Ned Price, der Sprecher des US-Außenministeriums, in der Nacht auf Dienstag bei einer Pressekonferenz.

"Wir haben öffentlich deutlich gemacht, dass Waffenlieferungen oder jegliche Unterstützung Chinas an Russland, die darauf abzielen, Russland dabei zu helfen, die gegen Moskau verhängten beispiellosen Sanktionen, Exportkontrollen und andere finanzielle Maßnahmen systematisch zu umgehen, sehr teuer werden".

Laut Price beobachte die US-Behörde die Lage genau. China unternehme derzeit keine Versuche, Russland militärisch zu unterstützen. Er betonte, dass auch US-Außenminister Anthony Blinken seinen chinesischen Amtskollegen Wang Yi am Rande des G20-Gipfels auf der indonesischen Insel Bali vor solchen Schritten gewarnt habe.

Der Sprecher fügte hinzu, dass im Falle eines Verstoßes gegen die Sanktionen nicht nur die USA, sondern auch andere Länder weltweit reagieren würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d6486f48fbef764b7a76cc.jpg>
 Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price

9:54 (8:54) novorosinform.org: **Der Beschuss des Wasserkraftwerks in Nowaja Kachowka war ein Attentatsversuch auf Sergej Kirienko – Quelle**

Das Ziel des Angriffs auf das Wasserkraftwerk in Nowaja Kachowka war der erste stellvertretende Leiter der Präsidentialverwaltung Russlands, Sergej Kirienko, berichtete eine Quelle gegenüber RIA Novosti.

Demnach war der Beamte tatsächlich dort, aber der Beschuss erfolgte nach seiner Abreise. Durch den feindlichen Beschuss wurden zwei Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Wasserkraftwerks getötet.

Früher wurde berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine eine Gasleitung im Bereich des Wasserkraftwerks Nowaja Kachowka beschädigt haben, Spezialdienste arbeiteten vor Ort. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden wichtige Elemente der Anlage durch den Beschuss nicht beschädigt, sodass die Stromversorgung nicht unterbrochen wurde.

Videos, die von lokalen Telegram-Kanälen gepostet wurden, zeigen Rauchwolken, die aus der Stadt aufsteigen.



https://novorosinform.org/content/images/90/91/49091_720x405.jpg

9:25 de.rt.com: **Ukrainischer Sicherheitsrat kündigt Empfang von ATACMS-Gefechtsfeldraketen mit bis zu 300 Kilometern Reichweite von den USA an**

Die Ukraine wird schon bald Raketen mit größerer Reichweite für die Mehrfachraketenwerfersysteme HIMARS und MLRS erhalten. Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexei Danilow kündigte dies am Dienstag während eines Live-Fragemarathons im Fernsehen an.

Es geht allem Anschein nach um die ballistischen Gefechtsfeldraketen der Serie ATACMS, deren Startcontainer statt der sechsfachen Raketengeschoss-Werferpakete auf die Plattformen HIMARS (ein Stück) oder MLRS (zwei Stück oder auch ein Stück in Kombination mit einem Mehrfachwerferpaket) im Feld geladen werden können. Denn in Bezug auf HIMARS und MLRS haben nur diese Gefechtsfeldraketen und nicht die "normalen" Raketengeschosse eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern.

Auf die explizite Frage, ob die Ukraine mit Langstreckengeschossen von bis zu 300 Kilometern Reichweite rechnen könne, antwortete Danilow nämlich Folgendes:

"Was HIMARS betrifft, so gibt es ein gewisses Verständnis darüber, dass wir bereits Geschosse empfangen, die viel weiter fliegen als das, was zu Beginn da war. Und wir wollen hoffen, dass das, was wir brauchen, in naher Zukunft auf dem Territorium unseres Landes auftauchen wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d65be0b480cc444c45195b.jpg>

Start einer M57A1-Gefechtsfeldrakete (ATACMS-Serie) von Startfahrzeug M270A1 HIMARS. Raketenschießgelände White Sands, US-Bundesstaat New Mexico, 14.06.2012

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.7.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **397 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrtillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss Beschüsse **starb ein Zivilist und 3 wurden verletzt**. 22 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, 2

Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Lastwagen und mehr als 30 Mann. 2

Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Shelannoje wurden beseitigt.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie verdeckt Videos oder Fotos von den Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

10:41 (9:41) novorosinform.org: **Fast alle ukrainischen Sabotagegruppen in Cherson wurden eliminiert**

Fast alle Saboteure der Streitkräfte der Ukraine wurden auf dem Territorium der Region Cherson vernichtet. Dies wurde vom stellvertretenden Leiter der regionalen Verwaltung Kirill Stremousow erklärt.

Demnach werden alle Komplizen der Sabotage- und Aufklärungsgruppen der Ukraine inhaftiert.

„Zur Sabotagegruppen, Anschlägen auf mich, meine Kollegen, die Ermordung meiner Kollegen sage ich ganz offen: Fast alle Gruppen wurden vernichtet, Komplizen sitzen im Gefängnis“, sagte er.

Stremousow fügte hinzu, dass sich die lokale Führung jetzt auch mit neuen feindlichen Gruppen befasse, da alles getan werden müsse, dass Saboteure nicht in das Gebiet von Cherson eindringen können.

„Und vor allem werden wir die Dinge mit neuen Gruppen in Ordnung bringen, wir werden uns mit denen befassen, die in unser friedliches Leben eingreifen“, betonte der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung.



https://novorosinform.org/content/images/90/93/49093_720x405.jpg

9:55 de.rt.com: **Kuleba: Selenskij hat interne Frist für den EU-Beitritt**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärte, sein Präsident habe eine interne Frist für den Beitritt des Landes zur Europäischen Union festgelegt. Einzelheiten zu den Plänen wollte Kuleba aber nicht nennen:

"Bei uns hat nicht die Regierung, sondern Präsident Selenskij persönlich eine interne Frist für den EU-Beitritt der Ukraine gesetzt. Aber ich werde sie Ihnen nicht verraten. Hier hängt die Entscheidung auch von der Europäischen Union ab, nicht nur von uns. Falls wir die Frist nennen, könnten wir jemanden in der EU so sehr erschrecken, dass er absichtlich alles behindern wird, was mit der europäischen Integration der Ukraine zu tun hat."

Man müsse alles mit der Ruhe angehen, sagte der Diplomat zur ukrainischen Forbes-Ausgabe. Die positive Erfahrung mit dem Erhalt des EU-Kandidatenstatus habe gezeigt, dass das Land dazu in der Lage sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d64e97b480cc444c45194e.jpg>

Berlin am 28.05.2022: Menschen demonstrieren vor dem Kanzleramt für einen EU-Beitritt der Ukraine

10:56 (9:56) novorosinform.org: **Bei der Explosion im Schauspielhaus Mariupol sind 14 Menschen ums Leben gekommen - Generalstaatsanwaltschaft der DVR**

Die Explosion im Mariupoler Schauspielhaus, die sich im März 2022 durch Verschulden der Streitkräfte der Ukraine ereignete, forderte den Tod von 14 Menschen. Dies erfuhr TASS von der Generalstaatsanwaltschaft der DVR.

„Die Überreste von 14 Leichen wurden gefunden. Am Tag der Tragödie hatte ein Großteil der ursprünglich dort lebenden Bewohner diesen Ort bereits verlassen“, heißt es in dem Text.

Die Behörde gab an, dass während der Untersuchung festgestellt wurde, dass sich im Schauspielhaus Feuerstellungen der Streitkräfte der Ukraine befanden.

Die Generalstaatsanwaltschaft hob hervor, dass die Ermittler keine anderen auffälligen Elemente oder sonstige Anzeichen eines Luftangriffs auf die Kultureinrichtung in Mariupol gefunden hätten.

„Es gibt Beweise dafür, dass Männer in Uniform am Vorabend der Tragödie Kisten in das Theater gebracht haben, von denen wir vermuten, dass es sich dabei um die Kisten handelt, die explodiert sind.“, heißt es in der Erklärung.



https://novorosinform.org/content/images/90/97/49097_720x405.jpg

10:30 de.rt.com: **Bericht: Gaslieferstopp aus Russland könnte BIP der EU um 1,5 Prozent senken**

Die Aussetzung der Gaslieferungen aus Russland in die Europäische Union würde deren Bruttoinlandsprodukt im Falle eines kalten Winters und unausreichender Maßnahmen um 1,5

Prozent senken, berichtete Bloomberg unter Berufung auf einen Dokumententwurf der Europäischen Kommission. Wenn die Temperaturen in der Region auf einem durchschnittlichen Niveau bleiben, könnte das BIP um 0,6 bis 1 Prozent schrumpfen. Damit das BIP nur um 0,4 Prozent sinkt, müsse die EU frühzeitig gegen die negativen Auswirkungen eines Versorgungsausfalls vorgehen, heißt es in dem Dokument der Kommission mit dem Titel "Save gas for a safe winter" ("Gas sparen für einen sicheren Winter"). Um diesen Wert zu erreichen, darf der nächste Winter nicht kalt sein. Die Europäische Kommission plane auch eine Reihe von Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten. Im September müssten die Regierungen über konkrete Schritte Bericht erstatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d661aa48fbef7d9746ce77.jpg>
Gasspeicheranlage Reckrod bei Eiterfeld

10:50 de.rt.com: **Wiederaufbau Mariupols: In einem Monat über 3.000 Häuser wieder mit Strom versorgt**

In Mariupol haben Stromtechniker im vergangenen Monat mehr als 20 Kilometer Hochspannungsleitungen wieder verlegt. Insgesamt konnte in dieser Zeit die Stromversorgung von 3.050 Wohngebäuden und mehr als 100 sozialen Infrastruktureinrichtungen wiederaufgenommen werden. Dies [teilte](#) die Regierung der Volksrepublik Donezk am Montag in ihrem Telegram-Kanal mit:

"Im Laufe des letzten Monats wurden mehr als 20 km Hochspannungsleitungen und mehr als 40 km Verteilungsleitungen wiederhergestellt, und bereits zuvor wurden die Umspannwerke Mirnaja und Azowskaja in Betrieb genommen, was bereits jetzt den Stromanschluss dieser Wohngebäude und sozialen Einrichtungen ermöglicht, die vor allen anderen eine Stromspeisung erfordern. Insgesamt wurde die Stromversorgung von 3.050 Wohngebäuden – sowohl Mehrfamilienhäuser als auch Privathäuser – wiederhergestellt, und es werden auch mehr als 100 soziale Infrastruktureinrichtungen erneut mit Strom beliefert."

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Umspannwerke von Mariupol, die sowohl Fabriken und Betriebe als auch Einwohner der Stadt versorgen, während der heftigen Kämpfe um die Ortschaft im Frühling Schäden davontrugen. Doch:

"Dank der Arbeit der Stromtechniker, die buchstäblich rund um die Uhr mit dem Beheben der Schäden beschäftigt waren, konnten viele Anlagen in kürzester Zeit wiederhergestellt und in Betrieb genommen werden. Erst am 17. Juli schlossen Stromtechniker 10 weitere Wohnhäuser an die Stromversorgung an – sprich, etwa 2.000 Bewohner des Stadtteils Lewobereschny in Mariupol, die seit langem ohne Licht waren. Ich finde, dies ist ein großer Verdienst des russischen Stromnetzbetreibers Rosseti, dessen Mitarbeiter sehr schnell und effizient ans Werk gingen. Gestern wurde auch eine Schule angeschlossen – der erste Gong für alle, dass

wir uns auf den Schulstart am 1. September vorbereiten", zitierte der Telegram-Kanal den Minister für Kohle und Energie der DVR, Andrei Tschertkow.

12:18 (11:18) novorosinform.org: **Russland wird zerstört, wenn es die Krim nicht zurückgibt - ukrainisches Verteidigungsministerium**

Die ukrainische Seite beabsichtigt, die Krim „zurückzuerobern“, wenn die russische Seite nicht bereit ist, sie einfach so an Kiew zu übertragen, sagte der stellvertretende ukrainische Verteidigungsminister Wladimir Gawrilow.

Er sagte dies in einem Interview für die Times. Gawrilow fügte hinzu, dass die erste Phase der „Rückeroberung“ des Schwarzen Meeres die Rückkehr der Schlangeninsel sei. Außerdem kündigte der stellvertretende Verteidigungsminister den Angriff der Streitkräfte der Ukraine auf die russische Schwarzmeerflotte an, „um die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten“. „Russland muss die Krim aufgeben, wenn es als Staat weiterbestehen will“, schloss der Vertreter des ukrainischen Verteidigungsministeriums.



https://novorosinform.org/content/images/91/07/49107_720x405.jpg

11:20 de.rt.com: **Kühnert: Nord-Stream-1-Aus ist für Deutschland schmerzhafter als für Putin**

Die Bundesregierung habe alles dafür getan, dass es "kein technisches Argument mehr für die russische Seite" gebe, die Pipeline nicht wieder ans Netz zu nehmen, auch durch die Bereitstellung der zuvor in Kanada gewarteten Turbine, erklärte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert am Dienstag gegenüber dem Deutschlandfunk.

Er habe Verständnis für Kritik aus Kiew am Festhalten an der Pipeline, es gelte aber weiter die Devise der Bundesregierung, dass die Sanktionen den russischen Präsidenten härter treffen müssten als Deutschland selbst. Die Gasversorgung für Deutschland sei keine Kleinigkeit, wie manche es noch im März oder April geglaubt hätten:

"Insofern müssen wir uns hier einfach eingestehen: Diese Maßnahme, ein Abschalten dieser Nord-Stream-1-Pipeline, würde uns härter treffen als Putin – und zwar sehr deutlich."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d665f3b480cc4bc404bc89.jpg>

12:28 (11:28) novorosinform.org: **200 Militante des "Rechten Sektors" wurden von der russischen Luftwaffe eliminiert - Verteidigungsministerium**

In der Region Saporoschje vernichtete die russische Luftwaffe bis zu 200 Kämpfer des „Rechten Sektors“. Dies wurde im russischen Verteidigungsministerium gemeldet. "Hochpräzisionswaffen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte trafen in der Siedlung Kamyschewacha in der Region Saporoschje den vorübergehenden Stationierungspunkt der Nazi-Formation "Rechter Sektor". Bis zu 200 Kämpfer wurden vernichtet", heißt es in dem Text.

Früher wurde über die Liquidierung von bis zu 60 ukrainischen Nationalisten in der Region Tscherkassy berichtet. Zwei MLRS-Kampffahrzeuge und vier Artilleriegeschütze wurden ebenfalls außer Gefecht gesetzt.

Am 15. Juli kündigte das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation die Vernichtung der Kämpfer des „Rechten Sektors“ an. Daraufhin wurden 300 Neonazis getötet und 11 Einheiten gepanzerter Fahrzeuge der 128. Gebirgstruppenbrigade der Streitkräfte der Ukraine zerstört.



https://novorosinform.org/content/images/91/08/49108_720x405.jpg

12:30 (11:30) novorosinform.org: **Der Seehafen Mariupol begann mit Vorbereitungen für den Getreideexport**

In naher Zukunft wird die Verschiffung von Getreide für den Export im Seehafen von Mariupol beginnen.

In der DVR wird jetzt geerntet, begleitet von intensiven Arbeiten am Getreideexport. Das teilt DAN unter Berufung auf die Hafenverwaltung mit. Es wurde hervorgehoben, dass bereits Getreidecontainer und Umladegeräte vorbereitet würden.

„Wir prüfen die Elektrik, damit alles in Ordnung ist, und wenn die Schiffe kommen, werden wir mit der intensiven Arbeit beginnen“, teilte die Verwaltung mit.

Außerdem werden im Hafen Kräne und Kleingeräte repariert und Umspannwerke repariert. Schon in dieser oder nächster Woche könnte das erste Getreideschiff in den Hafen von Mariupol einlaufen.

Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin sagte zuvor, dass der Hafen für den Export von Getreide sowie für die schnelle Lieferung von Baumaterialien für den Wiederaufbau der Republik genutzt werden solle.



https://novorosinform.org/content/images/91/09/49109_720x405.jpg

11:47 de.rt.com: **Diplomaten: Isolation Russlands in der Welt ist reines Wunschdenken der USA**

Russlands Botschaft in den USA bezeichnet die Behauptung des US-Außenministeriums, wonach Russland isoliert sei, als Wunschdenken. Das Land beteilige sich weiterhin am internationalen Geschehen und selbst im Westen sehe man zunehmend keine Alternative für Verhandlungen.

Die Behauptung des US-amerikanischen Außenministeriums, Russland sei wirtschaftlich, politisch, kulturell und diplomatisch international isoliert, ist bloßes Wunschdenken und erinnert an Selbsthypnose. Dies hat die russische Botschaft in den Vereinigten Staaten am Montag in Reaktion auf eine entsprechende Presseerklärung des US-Außenministeriums auf Telegram mitgeteilt. Die Behörde schrieb:

"Solche Worte sind nichts anderes als Wunschdenken. Die russische Regierung beteiligt sich aktiv an internationalen Vorgängen und steht in ständigem Kontakt zu den Staatsoberhäuptern der meisten Länder der Welt."

Die Botschaft fügte hinzu, dass selbst im Westen immer öfter betont werde, dass ein Dialog mit Russland für die Lösung globaler Probleme keine Alternativen habe. Indessen erinnerten "die haltlosen Behauptungen der USA" an Selbsthypnose, möglicherweise, um die selbstschädigende Sanktionspolitik zu rechtfertigen:

"Anstatt die Unmöglichkeit einer Auslöschung Russlands einzugestehen, zieht man es hier vor, sich Illusionen hinzugeben."

Auch Behauptungen über eine angebliche Isolation des russischen Außenministers Sergei Lawrow beim G20-Gipfel in Indonesien bezeichnete Russlands diplomatische Vertretung als Fiktion. "Außenminister Sergei Lawrow hat mehrere produktive Treffen mit Kollegen aus anderen Ländern durchgeführt", so die Botschaft.

Zuvor hatte die Zeitung Washington Post am 10. Juli berichtet, dass mehrere ehemalige US-Diplomaten den amtierenden US-Außenminister Anthony Blinken für den Abbruch der Beziehungen zu Russland kritisieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d674fe48fbef0e767cadf3.jpg>

Gebäude der russischen Botschaft in den USA

11:50 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz beschießt ukrainische Stellungen in Soledar**

Die Artilleristen der Volksmiliz der LVR führen das Feuer gegen Stellungen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Soledar in der Volksrepublik Donezk, meldet ein Korrespondent von RIA Nowosti. Wie ein Vertreter der Volksmiliz vor Ort gegenüber Reportern ausführte, werden die feindlichen Artillerieeinheiten zurzeit durch die Panzerhaubitze vom Typ 2S19 Msta-S im Kaliber 152 Millimeter bekämpft.

Vergangene Woche hatte der Sprecher der LVR-Volksmiliz Iwan Filiponenko erklärt, dass die verbündeten Streitkräfte sich 2,5 Kilometer von der Stadt entfernt verschanzt und von dort aus eine Offensive begonnen haben. Nach Angaben des Assistenten des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Witali Kisseljow, rechnen die lokalen Behörden damit, Soledar in den kommenden Tagen unter Kontrolle zu nehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d670e448fbef0e767cade6.jpg>

Eine Panzerhaubitze vom Typ 2S19 Msta-S im Gebiet der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Gouverneur des Gebietes Brjansk meldet erneut Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Der Gouverneur des russischen Gebietes Brjansk hat der ukrainischen Seite erneut Beschuss vorgeworfen. [Laut](#) Alexander Bogomas sei die Siedlung Nowyje Jurkowitschi am

Dienstagmorgen mit Artillerie beschossen worden. Hierbei sei eine Autostraße beschädigt worden. Verletzt worden sei aber niemand. Einsatzkräfte seien vor Ort, schrieb er auf Telegram.

Die Siedlung Nowyje Jurkowitschi liegt nur wenige Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt.

Kurz danach [meldete](#) Bogomas einen weiteren Beschuss in der Siedlung Lomakowka. Eines der Geschosse sei in unmittelbarer Nähe einer Stromleitung explodiert, derzeit gäbe es in der Siedlung keinen Strom. Ein Team von Elektrikern sei dabei, die beschädigten Leitungen zu reparieren.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/S7VJ05P6fDJqt3h7c06QuOFJcMfc0yz0wPtcHB26w9zYv59xYtA5IqJlBflEyfv6rDhK6j2CLPxe2AdsgNh2NtKCGhZ9SKBEj2QNGdDeIEzgrUaTzHpV FhQXLc ni7WuyZ cAgDVDJCKvRq-3DfaFru ohgPet4 j0RvDwP8OnkmdAv1wHA6thrJVO9thLqxnY0WhhW3bXtdRVIBJpT3gF AC-bvupPILTrPiounzeI4zjdUbJM4UzSDiy6FwM7Hd_yuJ8kLuPc5Lt_4noDE-Xa6EJipr6VSp3v4aGjdJhcdV0-wre4AcyQ248XVrpk3zihrYO74yawexdwFd4Sy3hg.jpg

12:35 de.rt.com: **LVR-Volksmilizsprecher: Ukrainische Organhändler aus jüngst befreiten Städten nach Charkow und Dnepropetrowsk weitergezogen**

Der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk liegen Informationen vor, wonach "schwarze Chirurgen" – also Organhändler – in Sewerodonezk, Lissitschansk und Rubeschnoje ihr Unwesen an ukrainischen Soldaten trieben. Nachdem die LVR jedoch die Kontrolle über diese Städte erlangte, seien sie nach Charkow und Dnepropetrowsk weitergezogen. Der Sprecher der LVR-Volksmiliz, Oberstleutnant Andrei Marotschko, gab am Dienstag gegenüber TASS-Korrespondenten bekannt:

"Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation intensivierten diese Chirurgen ihre

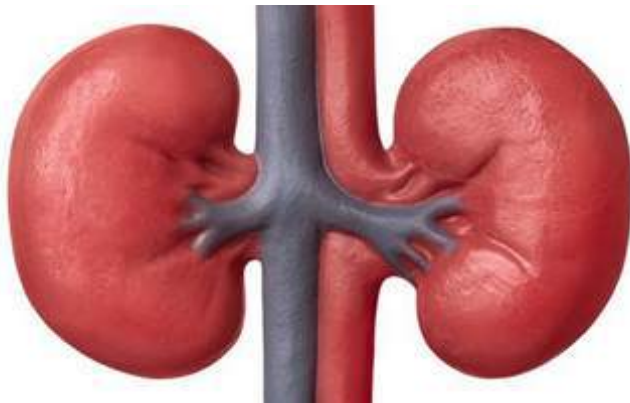
Tätigkeiten, und sie arbeiteten sehr aktiv in den Ortschaften, die wir nun bereits befreit haben – dazu gehören Sewerodonezk, Lissitschansk und Rubeschnoje. Nachdem ihre Arbeit in diesen Gebieten unmöglich geworden war, zogen sie nach unseren Informationen nach Dnepropetrowsk und Charkow weiter."

Laut Marotschko würden tote oder tödlich verwundete Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus der Kampfzone im Donbass nun in diese Städte gebracht:

"Sie werden absichtlich unerkennbar gemacht und in diese großen Bevölkerungszentren gebracht, wo ihre Spuren dann verschwinden."

Marotschko erinnerte daran, dass schwarze Transplantologen seit dem Jahr 2014 – als Kiew seine sogenannte "Antiterror-Operation" begann – mitten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte operierten. Ihm zufolge verdienten nicht nur ukrainische Kämpfer, sondern auch die ukrainischen zivil-militärischen Verwaltungen der ehemaligen Gebiete Lugansk und Donezk am Organhandel.

Allerdings sei es im Gegensatz zum Jahr 2014, als man noch Leichen finden konnte, denen Organe entnommen worden waren, kaum noch möglich, den "schwarzen Chirurgen" auf die Spur zu kommen: Heutzutage würden sie die Leichen sorgfältig entsorgen, auch mit Hilfe mobiler Krematorien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d67451b480cc65011889b0.jpg>

13:50 (12:50) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine bereiten eine Gegenoffensive im Gebiet Popasnjanskoje vor - Volksmiliz der LVR**

Kommandeure der ukrainischen Kämpfer bereiten eine Gegenoffensive in Richtung Popasnjanskoje in der LVR vor, sagte Andrej Marotschko, Sprecher der Volksmiliz der LVR, dem „Ersten Kanal“.

Er stellte fest, dass diese Informationen Vertretern der Volksmiliz der LVR vom Geheimdienst zur Verfügung gestellt wurden, sodass bereits alle Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung der Republik Luhansk getroffen wurden.

Nach Angaben der Aufklärung könnte eine Fremdenlegion einen Gegenangriff versuchen.

Marotschko fügte hinzu, dass die Streitkräfte der Ukraine eine Gegenoffensive nur versuchen würden, damit die ukrainische Seite im Rahmen einer mindestens fünfminütigen „Überbrückung“ Aufnahmen des Angriffs auf die vorgeschobenen Stellungen der Volksmiliz der LVR zeigen könne .



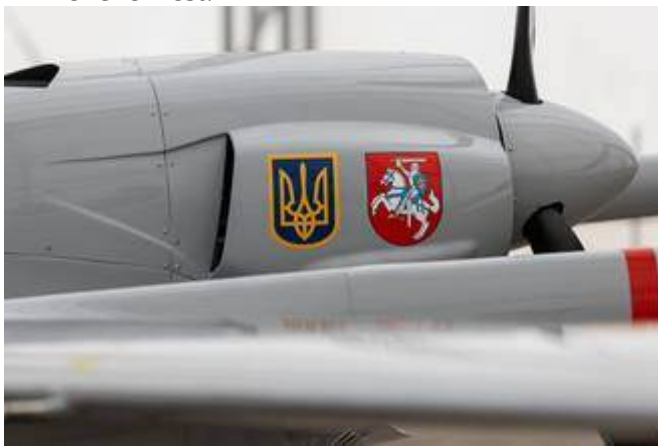
https://novorosinform.org/content/images/91/16/49116_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **Türkischer Hersteller schließt Lieferung von Bayraktar-Drohnen nach Russland aus**

Das türkische Unternehmen Baykar habe seine Bayraktar-Kampfdrohnen nie an Russland geliefert und werde dies auch in Zukunft nicht tun, sagte CEO Haluk Bayraktar im Interview mit dem TV-Sender CNN am Montag. Er erklärte:

"Wir haben ihnen nichts geliefert und nichts bereitgestellt. Wir werden dies auch in Zukunft nicht tun. Weil wir die Ukraine unterstützen."

Bayraktar zufolge unterhält Ankara mit Kiew Beziehungen auf "strategischer Ebene", darunter auch in den Bereichen Verteidigung sowie Luft- und Raumfahrt. Die Türkei unterstütze die Ukraine mit Drohnen und kaufe dort ihrerseits Motoren für ihre Fahrzeuge. Somit hätten sich die Beziehungen für beide Länder als vorteilhaft erwiesen, stellte der Firmenchef fest.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d6782948fbef7658205c88.jpg>

Eine türkische Kampfdrohne vom Typ Bayraktar TB2 mit dem Namen "Vanagas" ("Falke") mit den Wappen der Ukraine und Litauens auf dem Rumpf bei ihrer Präsentation auf dem Luftwaffenstützpunkt Šiauliai in Litauen, 6. Juli 2022

wpered.su: **Komsomolzen des Donbass stehen fest an der Front**

Ohne Übertreibung sind die Ereignisse im Donbass epochal für das Schicksal von Millionen von Menschen. Wie auch andere Konflikte im postsowjetischen Raum wurde all dies möglich aufgrund des Zerfalls eines einstmals einigen und freundschaftlichen Landes, an dessen Stelle sich „National“-staaten bildeten, die im Grunde kapitalistische Diktaturen sind, die sich unter Flaggen und Losungen verbergen.

Das gesetzmäßige Ergebnis eines solchen Schauspiels war der Krieg. Mit Beginn der aktiven Phase der Kriegshandlungen auf dem Territorium der Republiken und der Ukraine brachen zehntausende von Freiwilligen und Mobilisierten an die Front auf.

Für das Zuhause, den Erhalt des Erbes von Generation und zur Verwirklichung ihrer Ideale strömten Kommunisten und Komsomolzen in die Armee Russlands und der Republiken. Ein Beispiel für solche Menschen ist der Sekretär des Bezirkskomitees des Leninschen Komsomol der DVR im Proletarskij-Bezirk von Donezk, der junge Arbeiter und gelernte Ingenieur Nikita, Codename „Proletarskij“.

Er kam direkt zu Beginn der militärischen Spezialoperation in die Reihen der Verteidiger des Donbass, er erhielt eine Einberufung an seinen Arbeitsplatz. Er ging zum Einberufungspunkt und es ging weiter wie bei allen: Ausbildung, Training, Tuppenübungen und Bekanntschaft mit den Kampfgenossen.

In fast einem halben Jahr Dienst musste er viel durchlaufen, sich über sich selbst klar werden und lernen, zu überleben und zu siegen. Es gab sowohl Offensiven als auch Beschuss von Konvois, Festnahmen von Diversanten und Marodeuren. Jetzt schützt er die Ruhe der Einwohner von Cherson und der Oblast.

Die ganze Zeit erklärt Nikita das Wesen der Geschehnisse – in der Einheit hat er sich als fähiger und verständiger Mensch hervorgetan, der hilft, wenn das nötig ist.

Neben dem grundlegenden Dienst hilft seine Einheit ständig örtlichen Einwohnern, nimmt am Leben der Region teil.

Das Kiewer Regime setzt seit 2014 nicht auf Menschen und ihr Wohlergehen sondern auch Gewalt und Unterdrückung Andersdenkender. Abteilungen von Rechtsradikalen und Nationalisten wurden unantastbar und die Propaganda erzieht die Menschen in dieser ganzen Zeit zu Hass und Unmenschlichkeit.

Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen. Damals vor 76 Jahren zahlten die Völker der Welt einen hohen Preis für die Freiheit, verteidigte das sowjetische Volk auch sein Recht auf Existenz und bewies die Lebensfähigkeit des Sozialismus.

Der Krieg ist ein unausweichlicher Begleiter des Kapitalismus, aber auch sein Totengräber. Und der Sieg ist für Nikita, für zehntausende von genau solchen jungen Leute an der Front und hunderte Millionen von Menschen im Hinterland keineswegs die physische Vernichtung des Gegners, sondern Humanismus und die Verwirklichung des höchsten Traums der Menschheit, des Kommunismus.

Roman Klemenjuk



http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/07/IMG_20220719_100150_250-1024x768.jpg

13:30 de.rt.com: **Bericht: Rockergruppe "Nachtwölfe" droht EU-Verbot**

Das siebte Sanktionspaket der Europäischen Union umfasst laut einem Bericht ein EU-Verbot gegen den kremlfreundlichen Motorradclub "Nachtwölfe", dessen Leiter Alexander Saldostanow und drei seiner Kollegen. Einer von ihnen ist der slowakische Staatsbürger Josef Hambalek, der "Präsident des europäischen Zweigs" des Clubs. Im Rahmen der Sanktionen werde die Slowakei aufgefordert, sein Vermögen einzufrieren und ihm die Einreise in die EU zu verbieten, berichtete *EUobserver* am Dienstag.

Außerdem sollen weitere russische Organisationen und Dutzende Personen auf die neue Sanktionsliste gesetzt werden, darunter der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin, der Chef der Rüstungsholding Rostech Sergei Tschemesow sowie die russischen Schauspieler Sergei Besrukow und Wladimir Maschkow.

Die neuen Beschränkungen sollen kommenden Mittwoch vereinbart werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d681c248fbef78057e60b5.jpg>

Wladimir Putin mit Mitgliedern des Motorradclubs "Nachtwölfe". Rechts außen steht der Chef der "Nachtwölfe", Alexander Saldostanow, 10. August 2019.

13:55 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören Munitionsdepots im Gebiet Odessa**

Das russische Militär hat durch gezielte Angriffe mit Hochpräzisionswaffen Lager mit NATO-Munition für die von den USA und europäischen Ländern gelieferten Waffen nahe der Siedlung Belenkoje im Gebiet Odessa zerstört. Dies berichtete das russische Verteidigungsministerium am Dienstag gegenüber Journalisten.

Darüber hinaus wurde nach Angaben der Behörde ein Angriff mit Hochpräzisionswaffen auf die Kampfstellungen eines Bataillons der 81. luftbeweglichen Brigade der ukrainischen Truppen in der Nähe des Dorfes Dolina in der Volksrepublik Donezk durchgeführt. Dabei wurden über 60 Soldaten sowie sieben Panzergeräte und ein Munitionsdepot zerstört.

15:00 (14:00) novorosinform.org: **Die Kiewer Behörden bestätigten die Notwendigkeit der Sonderoperation mit Aussagen über die russische Schwarzmeerflotte – Pskow**
Die verabscheuungswürdigen Äußerungen der Vertreter der ukrainischen Behörden

bestätigten nur die Notwendigkeit einer Sonderoperation und ihrer Durchführung, um das Land von "einer solchen Führung" zu befreien, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.

Er fügte hinzu, es sei jetzt offensichtlich geworden, dass die Ukraine nur mit Hilfe einer Spezialoperation von Politikern befreit werden könne, die aggressive Ansprüche auf russische Gebiete geltend machen.

„Solche Äußerungen, die Ansprüche auf russisches Territorium enthalten, sprechen einmal mehr von der Richtigkeit und absoluten Rechtfertigung einer besonderen Militäroperation, denn nur solche Mittel können die Ukraine vor solchen Vertretern der Führung retten“, zitierte TASS Dmitri Peskow.



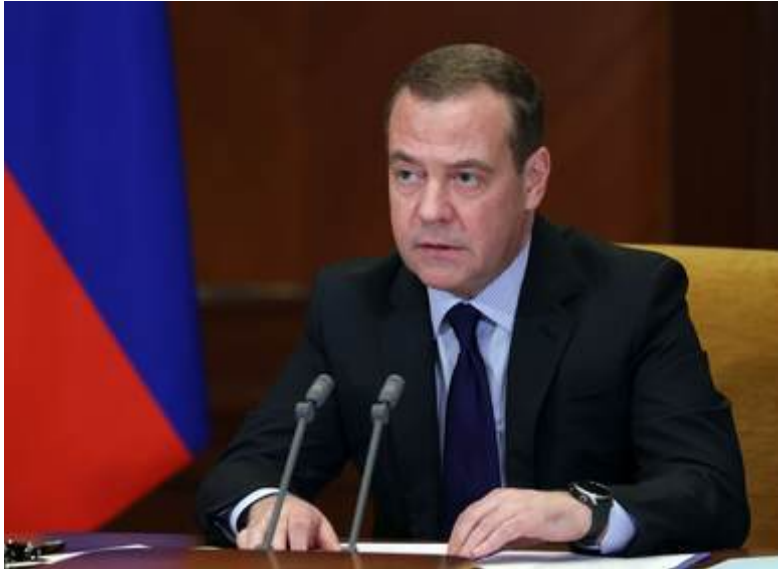
https://novorosinform.org/content/images/91/20/49120_720x405.jpg

14:20 de.rt.com: **Medwedew: "Trichter der Diebe saugt immer mehr teure Waffen an"**

Die Vereinigten Staaten "pumpen" unkontrolliert Waffen in die Ukraine, die dann in die Hände von Kriminellen gelangen, schrieb Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew auf Telegram. Obwohl das Pentagon alles bestreite, werde Amerika damit "wieder einmal zum Sponsor des internationalen Terrorismus". Seiner Meinung nach ist dies auf den Wunsch der USA zurückzuführen, aus dem Konflikt Kapital zu schlagen. Terroristen und Radikale würden noch tödlichere Arten von militärischer Ausrüstung erlangen. "Der Trichter der Diebe saugt immer mehr teure Waffen an", meinte der Vizechef des russischen Sicherheitsrates.

Eine Möglichkeit wäre, einen Mechanismus zur Untersuchung dieses "faulen Waffenkomplotts" auszuarbeiten. Trotzdem würden professionelle Waffendiebe in den USA und der Ukraine ihre Taschen gut füllen, mutmaßte Medwedew.

Nach seiner Darstellung werde Russland schließlich alle Ziele erreichen, und es werde zu einem Frieden kommen – zu Bedingungen, die von Russland diktiert würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d67422b480cc65011889ad.jpg>

14:31 de.rt.com: **Venezuela: USA schleusen Söldner für Anschläge auf Erdölinfrastruktur ein**

Caracas wirft Washington vor, Söldner nach Venezuela einzuschleusen, damit sie dort Anschläge auf Erdölraffinerien ausüben. Nach Angaben der venezolanischen Behörden soll es an diesem Wochenende eine Attacke gegen eine Erdölleitung im Nordosten des Landes gegeben haben.

Diosdado Cabello, der erste Vizepräsident der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV), hat die US-Regierung für den jüngsten angeblichen Anschlag auf eine Erdölleitung des venezolanischen Staatskonzerns PDVSA verantwortlich gemacht. Das hochrangige Mitglied der Regierungspartei bezeichnete dies als Teil der Politik des "nordamerikanischen Imperialismus" gegen das südamerikanische Land. Die US-Regierung schleuse zu diesem Zweck Söldner nach Venezuela ein. Einige von ihnen seien inzwischen festgenommen und andere wegen eines versuchten Präsidentenmordes verurteilt worden. Washington lasse nicht von Versuchen ab, das südamerikanische Land zu destabilisieren.

"Solche Dinge müssen uns lehren, dass der Imperialismus nicht schläft. Nichts dergleichen. Sie wollen, dass wir uns vor ihnen kriechen, dass wir sie anbetteln. Aber das wird nicht passieren, weil dieses Volk das nicht gewohnt ist. Dieses Volk kapituliert nicht."

Cabello kündigte an, dass die Sicherheitsbehörden Venezuelas auf jeden Anschlag im Land adäquat antworten würden.

Am Sonntag hatte der venezolanische Erdölminister Tareck El Aissami von einer Attacke auf eine Erdölleitung im Osten des Landes berichtet. Hinter dem Brand an der PDVSA-Infrastruktur im nordöstlichen Bundesstaat Monagas stünden "terroristische Gruppen".

Vor diesem Hintergrund verwies Cabello bei einer wöchentlichen PSUV-Sitzung darauf, dass die venezolanischen Sicherheitsbehörden zuvor in Erdölraffinerien mindestens zwei US-Bürger festgenommen hätten, die dort Anschläge geplant hätten. Gleichzeitig warf das hochrangige Parteimitglied der Opposition vor, sich für die Freilassung der mutmaßlichen Saboteure einzusetzen. Dies alles habe seinen Ursprung in den USA.

Wegen der westlichen Sanktionen und der langjährigen Wirtschaftskrise gilt die venezolanische Erdölindustrie allerdings als marode. Viele Branchenfachleute und ausländische Erdölunternehmen haben das Land verlassen. Zuletzt wurden die US-Sanktionen gegen den venezolanischen Erdölsektor nach der Freilassung zweier in Venezuela inhaftierter US-Bürger leicht gelockert.



<https://pbs.twimg.com/media/FX58EndWIAQ38XD?format=jpg&name=small>

14:47 de.rt.com: **113.000 russische Unternehmen zwischen März und Juni geschlossen – Im Jahr 2020 war es fast 138.000**

Laut einer Studie haben in Russland in der Zeit von März bis Juni rund 113.000 Unternehmen geschlossen. Das sind 17,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt mit den westlichen Sanktionen verbunden, obwohl es auch innere Faktoren gibt. Eine am Montag veröffentlichte [Studie](#) der Audit- und Beratungsfirma FinExpertiza hält eine besorgniserregende Entwicklung im russischen Unternehmertum fest, die unter anderem mit den westlichen Sanktionen in Verbindung gesetzt wird. Demnach haben in der Zeit zwischen März und Juni in Russland rund 113.500 Unternehmen geschlossen. Das sind 17,5 Prozent mehr im Vergleich zu Vorjahreszeitraum. Die Zahl der neuen Unternehmen bleibt dabei fast dieselbe – etwa 76.600 oder 69,2 Prozent gegenüber den geschlossenen. Mit anderen Worten: Auf alle zehn Schließungen kommen in dieser Zeitspanne nur sieben Gründungen.

Aus der Studie geht außerdem hervor, dass die meisten Unternehmen (etwa 78.000 oder 68,7 Prozent) auf eine Entscheidung der russischen Steuerbehörden aus dem sogenannten Einheitlichen Register der juristischen Personen gestrichen worden sind. Als Hauptgrund werden dabei unglaubliche Angaben oder Anzeichen eines fiktiven Geschäfts angeführt, wenn etwa eine Person zahlreiche Firmen leitet oder besitzt und wenn eine große Zahl von Unternehmen dieselbe Adresse angeben.

Bei 19.000 geschlossenen Unternehmen (16,7 Prozent) handelt es sich um sogenannte verwaarloste Geschäfte, die innerhalb eines Jahres keine Steuerberichte vorgelegt und keine Banktransaktionen getätigt haben. Ungefähr 16.500 Unternehmen (14,5 Prozent) sind unmittelbar von ihren Besitzern geschlossen worden, davon 2.500 (2,2 Prozent) wegen Bankrotts.

Jelena Trubnikowa, die Präsidentin von FinExpertiza, betont allerdings, dass die Zahl der zwischen März und Juni geschlossenen Unternehmen weit unter dem Negativrekord des Pandemiejahres 2020 mit fast 138.000 geschlossenen Unternehmen liegt.

"Die wirtschaftlichen Sanktionen und die sinkende Nachfrage wirken sich zwar auf die Geschäftslandschaft im Jahr 2022 aus. Die Schließung eines Unternehmens nimmt aber gewöhnlich Zeit und passiert nicht in einem Augenblick. Derzeit hängt die Schließung der Firmen größtenteils nicht mit nachlassenden Geschäftsaktivitäten, sondern damit zusammen, dass die Steuerbehörden das Register von Scheinfirmen und verwaarlosten Geschäften säubern."

Die Zeitung Komsomolskaja Prawda [schreibt](#) unter Berufung auf den Finanzombudsmann Pawel Medwedew, dass das Schicksal einiger Firmen erst in einem halben Jahr klar sein werde. Ein vollständigeres Bild des Einflusses der westlichen Sanktionen werde es daher im Herbst geben.

Aus der Studie geht hervor, dass die russischen Teilrepubliken Inguschetien, Mari El und Komi von dieser negativen Entwicklung am stärksten betroffen sind. Ein Zuwachs der Firmen wird lediglich aus 13 der insgesamt 85 Regionen Russlands gemeldet. Darunter sind der

Autonome Kreis der Tschuktschen sowie die Teilrepubliken Kalmückien und Karatschai-Tscherkessien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d68d2448fbef78057e60ce.jpg>

14:50 de.rt.com: **Kiew und Moskau tauschen Leichen ihrer Soldaten im Gebiet Saporoschje aus**

Im Gebiet Saporoschje hat ein Austausch von Leichen gefallener Soldaten zwischen Russland und der Ukraine stattgefunden, wie das Mitglied der Regionalverwaltung, Wladimir Rogow, gegenüber RIA Nowosti erklärte. Er sagte:

"Wir haben die Leichen der Toten '45 zu 45' ausgetauscht. Der Austausch fand zwischen Wassiljewka und Kamenskoje statt. Das Selenskij-Regime hat den Austausch lange Zeit verweigert. Das sind alle, die in Richtung Mariupol getötet wurden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d68adc48fbef764b7a7736.jpg>

15:15 de.rt.com: **Inflation in Eurozone steigt auf Rekordwert von 8,6 Prozent**

Die Inflation in der Eurozone hat sich im Juni weiter beschleunigt und abermals ein Rekordhoch erreicht. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Verbraucherpreise um 8,6 Prozent, wie das Statistikamt Eurostat am Dienstag in Luxemburg mitteilte. Die ist ein absoluter Höchstwert seit der Einführung der Gemeinschaftswährung als Buchgeld im Jahr 1999. Eine erste Schätzung wurde bestätigt. Im Vormonat waren die Lebenshaltungskosten noch um 8,1 Prozent gestiegen.

Getrieben wurde die Teuerung erneut durch den starken Anstieg der Energiepreise, die sich zum Vorjahresmonat um 42 Prozent erhöhten. Lebens- und Genussmittel waren 8,2 Prozent teurer als vor einem Jahr. Unterdurchschnittlich, aber ebenfalls deutlich verteuerten sich

sonstige Waren (4,3 Prozent) und Dienstleistungen (3,4 Prozent).

Die Kerninflation, bei der besonders schwankungsanfällige Preise von Energie, Lebens- und Genussmitteln nicht berücksichtigt werden, sank hingegen leicht von 3,8 Prozent auf 3,7 Prozent. Die höchsten Inflationsraten im Währungsraum wiesen die drei baltischen Staaten Estland (22,0 Prozent), Lettland (19,2 Prozent) und Litauen (20,5 Prozent) auf.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d68ea648fbef750714417a.jpg>
g

16:22 (15:22) novorosinform.org: **In der LVR wurde über die Flucht der Kommandeure der Streitkräfte der Ukraine berichtet**

Ukrainische Kommandeure bei Soledar flüchten massiv und lassen ihre Soldaten zurück. Die Kommandeure der Streitkräfte der Ukraine in Richtung Soledar fliehen und lassen ihre Untergebenen in den Stellungen zurück, berichtete RIA Novosti unter Berufung auf einen LVR-Kämpfer. Demnach gerieten die verlassenen Soldaten anschließend bestenfalls in russische Gefangenschaft.

„Sie gehen, Gruppen von Menschen gehen, und Leute mit großen Epauletten gehen zuerst“, sagte die Quelle.

Früher wurde berichtet, dass die ukrainischen Truppen die alliierten Streitkräfte, die in Richtung Soledar vordringen, nicht zurückhalten können. Dieses Ergebnis wurde dadurch erreicht, dass die Offensive gleichzeitig aus mehreren Richtungen geführt wird.

15:30 de.rt.com: **Ostdeutsche CDU-Politiker an Habeck: Wollen russisches Öl in Schwedt weinternutzen**

Ostdeutsche CDU-Politiker forderten von Wirtschaftsminister Robert Habeck, auch künftig russisches Öl für die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt zu nutzen. Nach dem Öl-Embargo ist die Zukunft für die vom russischen Staatskonzern Rosneft betriebene PCK-Raffinerie derzeit ungewiss.

Die Weinternutzung sei trotz des Öl-Embargos der EU erlaubt, appellierten die wirtschaftspolitischen Sprecher der fünf Landtagsfraktionen in einem am Dienstag veröffentlichten Brief. Ostdeutschland sei von den hohen Energiepreisen besonders betroffen, lautet das Argument der Politiker:

"Das, was in den vergangenen 30 Jahren nach der Wende mühsam aufgebaut und stabilisiert wurde, wird nicht mehr zu retten sein, wenn die Bundesregierung an ihrer bisherigen politischen Linie ideologisch geprägter Energiepolitik festhält."

Zu befürchten sei eine mehrjährige Rezession im Osten. Ohne ein kurz- und mittelfristiges Versorgungskonzept werde es keinen Rückhalt für Habecks Politik geben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d6a185b480cc65011889fd.jpg>

Die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt

15:48 de.rt.com: **Bloomberg: Russische Ölexporte in den Nahen Osten auf höchstem Stand seit Jahren**

Wie die US-amerikanische Finanznachrichtenagentur "Bloomberg" berichtet, seien die Öllieferungen Russlands in den Nahen Osten seit Februar stetig gewachsen. Im Juni gab es sogar einen sprunghaften Anstieg. Im Juli gehen die Exporte laut Einschätzungen weiter in die Höhe.

Deutschland und andere westliche Länder wollen von russischem Öl unabhängig werden und haben vor rund zwei Monaten zunächst ein [Teilembargo](#) beschlossen. Die Lieferungen über den Seeweg sind unterbunden, per Pipeline erfolgende Transporte werden zunächst weiterlaufen. Doch damit soll auch in der Zukunft Schluss sein.

Andere Länder in der Welt wiederum gehen andere Wege. Die russischen Lieferungen von Erdölprodukten in den Nahen Osten seien im Juni auf den höchsten Stand seit mindestens sechs Jahren gestiegen. Gleichzeitig seien die Lieferungen nach Europa um rund 30 Prozent zurückgegangen, berichtet die US-amerikanische Finanznachrichtenagentur Bloomberg. Sie beruft sich in ihrem Bericht auf Daten des Analyseunternehmens Vortexa.

Demnach importierten die Länder des Nahen Ostens im Juni rund 155.000 Barrel russischen Treibstoff pro Tag, so viel wie seit mindestens Anfang 2016 nicht mehr. Dem Bericht zufolge zeigten die Daten auch, dass die Importe seit Februar rapide zugenommen hätten, als Moskau seine Militäroperation in der Ukraine gestartet hatte. Dies veranlasste die EU-Mitgliedstaaten und andere westliche Länder dazu, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Jene schließen inzwischen auch die Ölexporte Russlands ein.

Mehr als ein Drittel aller russischen Kraftstoffeinfuhren gingen an den Hafen von Fudschaira in den Vereinigten Arabischen Emiraten, so Vortexa. Bei den russischen Lieferungen handelte es sich hauptsächlich um Schweröl, aber auch um Benzin, Kerosin und Dieselkraftstoff sowie eine Reihe anderer Mineralölprodukte.

Analysten gehen sogar davon aus, dass die russischen Exporte in den Nahen Osten im Juli die vom Juni übertreffen und mehr als 220.000 Barrel pro Tag betragen werden.

Laut Bloomberg machten diese Lieferungen nur einen Bruchteil der gesamten russischen Ausfuhren von Erdölprodukten aus und sind derzeit nicht ausreichend, um den Rückgang der Transporte nach Europa auszugleichen, die von Februar bis Juni um mehr als 500.000 Barrel pro Tag zurückgingen.

Erst vor wenigen Tagen berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass Saudi-Arabien etwa

seine Einfuhren von russischem Öl im zweiten Quartal dieses Jahres mehr als verdoppelt habe. Von April bis Juni hätten rund 647.000 Tonnen Öl das Königreich über russische und estnische Häfen erreicht. Im gleichen Zeitraum im Jahr zuvor betrug die Menge noch 320.000 Tonnen. Saudi-Arabien ist zwar selbst der größte Ölexporteur der Welt, verwendet nun aber wohl die Importe aus Russland zur Stromerzeugung und kann dann das eigene Rohöl exportieren.

Die EU hatte die Einfuhren aus Russland bereits vor dem verabschiedeten Teilembargo schrittweise reduziert, nachdem die USA schon im März russische Öllieferungen verboten hatten. Moskau hält die Sanktionen der EU und der USA allerdings für rechtswidrig und ergreift Maßnahmen zur Diversifizierung der Exporte, einschließlich der Umleitung nach China und Indien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d69648b480cc4bc404bcdcd.jpg>

Hafen von Fudschaira in den Vereinigten Arabischen Emiraten

16:56 (15:56) novorosinform.org: **HIMARS-Raketen mit einer Reichweite von bis zu 300 km wurden bereits in die Ukraine geliefert – Basurin**

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, erklärte, dass Raketen für HIMARS-Mehrfachraketenysteme mit einer Reichweite von bis zu 300 km bereits nach Kiew geliefert worden seien.

Dabei handelt es sich um taktische Raketen mit einem Cluster-Sprengkopf und einem Trägheitskontrollsystem, das mit einem GPS-Empfänger ausgestattet ist. Basurin kommentierte die Erklärung des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Danilow über die Lieferung von Projektilen mit einer Reichweite von bis zu 300 km und stellte fest, dass diese Erklärung bedeute, dass die ukrainischen Streitkräfte bereits über diesen Typ der Waffe verfügen.

Er fügte hinzu, dass nach der Ankündigung von Lieferungen von HIMARS mit einer Reichweite von bis zu 70 km Fragmente von Raketen mit einer Reichweite von 110-120 km gefunden wurden.

„Dementsprechend, wenn sie jetzt 150-180 km und vielleicht 300 km deklarieren, dann existieren sie bereits“, sagte Basurin auf Sendung des Fernsehsenders Rossiya-1.

Er betonte, dass dies eine Bedrohung für russische Städte in dem betroffenen Gebiet darstelle.



https://novorosinform.org/content/images/91/35/49135_720x405.jpg

16:25 de.rt.com: **Cherson: Einzige Brücke über den Dnepr durch Raketenangriff beschädigt**

Nach [Angaben](#) des Vizechefs der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson habe das ukrainische Militär mit aus den USA gelieferten HIMARS-Mehrfachraketen systemen die Antonowski-Brücke in der Stadt Cherson beschossen. Laut Kirill Stremoussow sei dabei niemand verletzt worden. Der Verkehr auf der Brücke soll nach allen Ermittlungsmaßnahmen wieder aufgenommen werden.

Die Antonowski-Brücke ist die einzige Brücke für Autos und Fußgänger über den Dnepr-Fluss in der Stadt Cherson. Sie ist etwa 1,4 Kilometer lang und verbindet die Stadt mit anderen Siedlungen des Gebietes.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/MdlnjuTVhgQZzDS8TYhkbsvbEslvaxyJIESCdZ6PMUk_9n9jp_xxk8djUPCPMEQKjJE9KDvcQvPywTtVtKxbLRQeSxI0rDz1uXUojunTZfArY9nNaxWnS80eqI_1zps-LTyh4JV7_NKZnz97UpW_KPSpn8LwzNYDsfxuq4n8-D9rIT6-ctH8h1NgHyVnQ427ts1cub4NpTndKc3t4QLWuBrawU6RDBY758KnJ3DF-mt6W54C5fSQEar_DwfxGnGDyh2iHlt2JVxn5lI0aNXWAaK8hVzel5rF484N75DC7sD_ViiJj1XllFcfpmuxyhhA2_Eqh-rjlPOn_Ht9t5QRag

17:45 (16:45) [novorosinform.org](#): **Donbass-Verteidiger liquidierten ukrainischen Aufklärer in der Nähe von Awdejewka**

Der Aufklärer, der amerikanische M777-Haubitzen auf Infrastruktureinrichtungen in den Siedlungen Werchnetorezkoje, Nowoselowka und Wassiljewka richtete (d.h. Zielkoordinaten übermittelte, A.d.Ü.), wurde von Soldaten der Volksmiliz der DVR vernichtet.

Der Kämpfer wurde mit Hilfe eines ATGM Konkurs des 9. Volksmilizregiments eliminiert, berichtete RIA Novosti.

Zuvor wurde über den Exodus der Kommandeure der Streitkräfte der Ukraine aus Soledar berichtet. Journalisten zufolge werden verlassene ukrainische Soldaten massenhaft gefangen

genommen. Darüber hinaus erklärte die Volksmiliz der LVR, dass die Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine in den letzten Tagen unter ständigem Beschuss der Truppen des Donbass standen.



https://novorosinform.org/content/images/91/41/49141_720x405.jpg

16:50 de.rt.com: **Rund 70 Prozent der Wohngebäude in Nowaja Kachowka durch ukrainischen Beschuss beschädigt**

Infolge andauernder Beschüsse von Nowaja Kachowka durch die ukrainischen Streitkräfte wurden rund 70 Prozent des Wohnungsbestands der Stadt beschädigt und etwa 400 Infrastruktureinrichtungen zerstört. Dies sagte der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Bezirks Kachowka im Gebiet Cherson, Wladimir Leontjew, dem russischen Sender Perwy Kanal. Er erklärte:

"Wir haben 70 Prozent des städtischen Wohnungsbestands, der auf die eine oder andere Weise zu Schaden gekommen ist – in einer friedlichen Stadt. Wir haben etwa 400 vernichtete oder zerstörte Objekte – das sind friedliche Objekte von Schulen, Kindergärten, Geschäften sogar bis hin zu einer Kirche."

Leontjew betonte ferner, dass durch die gezielten Angriffe Kiews ausschließlich die Zivilbevölkerung der Region Leid davontragen müsse.

16:53 de.rt.com: **Nord Stream 1: Russland wird Gas liefern, aber weniger als zuvor**

EU-Kommissar Johannes Hahn hat sich laut dem Wall Street Journal dahingehend geäußert, dass die EU-Kommission nach der Wartung der Gaspipeline Nord Stream 1 nicht von ihrer Wiederinbetriebnahme ausgehe. In der EU bereite man sich für den Winter auf schlimmstmögliche Szenarien vor.

Am Dienstag sagte ein Sprecher der EU-Exekutive am Dienstag laut einer Reuters-Meldung bei einer Pressekonferenz:

"Wir arbeiten an allen möglichen Szenarien, und eines der Szenarien, die wir in die Notfallplanung einbeziehen müssen, ist die Möglichkeit, dass die Lieferungen nicht wieder aufgenommen werden."

Demnach plane die EU-Kommission alle möglichen Szenarien hinsichtlich der Gasflüsse durch die russische Pipeline Nord Stream 1. Dazu gehört laut Reuters auch die Möglichkeit, dass die Lieferungen am Donnerstag nach Beendigung der Wartungsarbeiten gar nicht mehr aufgenommen werden.

Unter Berufung auf den europäischen Haushaltskommissar Johannes Hahn habe das Wall Street Journal mitgeteilt, dass die Kommission nach der Wartung nicht vom Wiederaufstart der Pipeline Nord Stream 1 ausgehe, gab Reuters weiter bekannt.

Gegenüber Reportern in Singapur hätte EU-Kommissar Hahn laut Reuters sogar gesagt:

"Wir gehen davon aus, dass die Pipeline nicht wieder in Betrieb genommen wird."

Der Sprecher der EU-Exekutive habe auf Nachfrage zu diesem Kommentar diesbezüglich mitgeteilt, dass die Kommission ihre Notfallplanung für die Gasversorgung in diesem Winter auf die Annahme stütze, wonach es zu einem vollständigen Stopp der russischen Gaslieferungen kommen könnte, so Reuters. Die Nachrichtenagentur zitierte den Sprecher mit der Aussage:

"Wir arbeiten mit dem schlimmstmöglichen Szenario. Und dieses Szenario und diese Annahme ist, dass Gazprom kein Gas mehr nach Europa liefern würde ... Wir stützen unsere Wintervorbereitungspläne auf das schlimmstmögliche Szenario."

Nach der Reuters-Meldung werde die Kommission am Mittwoch Pläne zur Senkung der Gasnachfrage der EU-Länder veröffentlichen. Demnach werde sich Brüssel auch auf einen weiteren Rückgang der russischen Gaslieferungen vorbereiten und versuchen, die Gasspeicher vor dem Winter zu füllen.

In dieser Situation sei es doch erstaunlich, kommentierte heute die Epoch Times, dass Deutschland trotz der angeblichen Notlage große Mengen an Gas an polnische Gasspeicher liefere. Und das, obwohl die Bundesnetzagentur bereits vor einem Gasnotstand im kommenden Winter warne, wie die Zeitung weiter zu berichten wusste, und sich manche Städte und Landkreise dementsprechend schon auf das Schlimmste vorbereiteten.

Dabei müssen laut deutscher Gesetzgebung hierzulande die Gasspeicher bis zum 1. Oktober zu 80 Prozent und bis zum 1. November zu 90 Prozent gefüllt sein. Stattdessen befülle Deutschland nun die Speicher in Polen, merkte die Epoch Times an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6d05248fbef764b7a77a9.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 60 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 2000 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol wurden Arbeiten zur Inbetriebnahme eines Kommunikationsobjekts ausgeführt. Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Krasnyj Liman, Iljitschewskoje, Jazkoje und Rubzy durchgeführt.

Im Oktjabrskij-Bezirk von Mariupol wurden 330 Wohnhäuser, 3 Krankenhäuser, 3 Schulen und ein Kindergarten an die Wasserversorgung angeschlossen. Im Primorskij-Bezirk wurden 142 Wohnhäuser und eine Schule angeschlossen. Im Iljitschewskij-Bezirk wurden 203 Wohnhäuser, 3 Schulen und ein Kindergarten angeschlossen. Im Ordshonikidsewskij-Bezirk wurden 167 Wohnhäuser angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben etwa 19 Hektar Territorium untersucht und 391 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine mit Hilfe von Raketenartillerie Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

18:06 (17:06) ria.ru: **Nord Stream nimmt Gaslieferungen wie geplant wieder auf – Medien**

Die Gaslieferungen von Nord Stream aus Russland nach Deutschland werden am Donnerstag nach planmäßigen Wartungsarbeiten wieder aufgenommen, berichtet [Reuters](#) unter Berufung auf Quellen.

Gleichzeitig wird der Betrieb der Anlage nicht mit voller Kapazität, sondern auf dem Niveau aufgenommen, das vor dem 11. Juli verzeichnet wurde.

Nach dieser Bekanntgabe stiegen die Aktien des deutschen Konzerns Uniper um 11,6 Prozent.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/07/0b/1801742281_0:62:3063:1785_1280x0_80_0_0_482f8e93e55880dbdf1217da71677241.jpg

17:15 de.rt.com: **Medienbericht: Schwedischer Söldner in der Ukraine getötet**

Ein ehemaliger schwedischer Luftwaffensoldat soll einem Medienbericht zufolge bei den Gefechten in der Ukraine in der Nähe von Charkow gefallen sein. Wie der Fernsehsender SVT am Dienstag berichtete, soll es sich dabei um einen 28-jährigen Staatsangehörigen des Königreichs handeln, der früher in der schwedischen Luftwaffe gedient habe. Der Soldat, der im Rang eines Leutnants im Ukraine-Krieg auf Seiten Kiews teilgenommen habe, sei durch Granatsplitter in der Brust tödlich verletzt worden, hieß es. Laut einer Quelle des Senders soll er vor einigen Monaten in die Ukraine gekommen sein.

SVT meldete außerdem, dass unbestätigten Angaben zufolge mehrere Hundert Schweden in die Ukraine gereist seien, um an den Kampfhandlungen teilzunehmen. Bekannt ist, dass schwedische Staatsbürger in der sogenannten internationalen Brigade sowie in kleineren, den ukrainischen Streitkräften unterstellten Einheiten vertreten sind. Einige von ihnen hatten zuvor bei den schwedischen Streitkräften gedient und waren zurückgetreten, um in die Ukraine zu fahren. Andere kamen im Kampfgebiet an, ohne davor das schwedische Militär

verlassen zu haben, womit sie gegen das schwedische Recht verstießen.

18:18 (17:16) ria.ru: Seit Beginn der russischen Sonderoperation haben die Streitkräfte der Ukraine 170 Schulen und Kindergärten in der DVR beschädigt

Seit Beginn der russischen Spezialmilitäroperation haben ukrainische Kämpfer 170 Kindergärten und Schulen auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk beschädigt, sagte Major Sergej Perewerjew, ein Vertreter der DVR im GZKK, gegenüber RIA Novosti.

„Seit Beginn der militärischen Sonderoperation greifen ukrainische bewaffnete Verbände regelmäßig soziale Einrichtungen an, einschließlich der Zerstörung von Schulen und Kindergärten auf dem Territorium der Republik. So haben wir seit Beginn der Eskalation Schäden an 170 Schulen und Kindergärten verzeichnet. Alle dokumentierten Fakten über die Folgen der bewaffneten Aggression werden an die zuständigen Behörden weitergeleitet, um sie in Strafverfahren gegen die BFU (die bewaffneten Formationen der Ukraine - Red.) einzubeziehen“, sagte Major Sergej Perewerjew gegenüber RIA Novosti.

Russland hat am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine gestartet. Präsident Wladimir Putin nannte als Ziel „den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren Mobbing und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind“. Ihm zufolge ist dafür eine „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ geplant, um alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, die für „blutige Verbrechen gegen Zivilisten“ im Donbass verantwortlich sind.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/05/1e/1791781689_0:249:3072:1977_1280x0_80_0_0_4b8d6759293f0abebcfc630ea77df528.jpg

Zerstörte Schule in Donezk

17:28 de.rt.com: Europäische Energieunternehmen machen Schulden wegen Erdgaskrise

Während die EU, angeführt von Berlin, immer neue Maßnahmen gegen Russland beschließt, spitzt sich die Situation auf den europäischen Energiemärkten weiter zu. Aufgrund der dramatischen Verschlechterung mussten mehrere Unternehmen Kredite aufnehmen.

Die europäischen Energie- und Versorgungsunternehmen nehmen aktuell mehr Schulden auf, um die steigenden Öl- und Gaspreise auszugleichen, wie die Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg am Montag berichtete.

Die Gesamtverschuldung der Unternehmen ist seit Beginn der Pandemie Anfang 2020 um mehr als 50 Prozent gestiegen und liegt nun bei 1,7 Billionen Euro, heißt es in der Publikation weiter.

Anfang dieses Monats bat eines der größten deutschen Energieversorgungsunternehmen, Uniper, um ein staatliches Rettungspaket und begründete dies mit dem "extremen finanziellen Druck", der durch die verringerten russischen Erdgaslieferungen entstanden sei. Laut Bloomberg könnte das Unternehmen bis zu neun Milliarden Euro benötigen, um sich über Wasser zu halten. Das tschechische Energieunternehmen CEZ CP bat ebenfalls um Hilfe in

Höhe von bis zu drei Milliarden Euro.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur nahmen die Energieunternehmen der Europäischen Union in den ersten sechs Monaten des Jahres Anleihen im Wert von 45 Milliarden Euro und Kredite im Wert von 72 Milliarden Euro auf.

Die Energiekrise führte dazu, dass sich die europäischen Benchmark-Erdgaspreise in den letzten 18 Monaten verachtfachten, während Öl im letzten Jahr um etwa 50 Prozent teurer wurde. Das trieb die Lebenshaltungskosten insgesamt in die Höhe. Die Inflation erreichte in der gesamten EU den höchsten Stand seit mehreren Jahrzehnten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6b81148fbef7d9746ceec.jpeg>

17:38 de.rt.com: **Putin trifft zu trilateralen Gesprächen mit Iran und Türkei in Teheran ein**

Russlands Präsident ist am Dienstag für das Syrien-Gipfeltreffen mit seinen Amtskollegen aus Iran und der Türkei in Teheran eingetroffen. Putin betonte bei seinem Treffen mit Raisi, dass Russland und Iran die Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Sicherheit verstärken wollen.

Russlands Präsident Wladimir Putin ist am Dienstagnachmittag für das Syrien-Gipfel mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi und dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan in Irans Hauptstadt Teheran eingetroffen. Putin verließ erstmals seit der russischen Sonderoperation in der Ukraine den postsowjetischen Raum. Zum Auftakt der trilateralen Gespräche mit Iran und der Türkei hat sich Putin mit dem iranischen Präsidenten Raisi nach seinem Empfang am Teheraner Flughafen durch den iranischen Ölminister getroffen. Das Gespräch fand im Büro des Präsidenten der Islamischen Republik Iran statt. Dies ist ihr drittes Treffen in diesem Jahr.

Putin betonte bei seinem [Treffen](#) mit Raisi, dass Russland und Iran die Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Sicherheit verstärken und einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Syriens und zur Beilegung der syrischen Krise leisten wollen. Der russische Präsident wies darauf hin, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in einem guten Tempo entwickelten.

Der iranische Außenminister erklärte im Vorfeld des Dreiergipfels in Teheran auf Twitter, dass Iran das Zentrum der dynamischen Diplomatie sei. Die Treffen würden die wirtschaftliche Zusammenarbeit voranbringen, wobei sie sich auf die Sicherheit der Region durch eine politische Lösung konzentrieren und die Ernährungssicherheit gewährleisten wollen.

Kreml-Berater Juri Uschakow sagte, Putin, Raisi und Erdoğan würden nach ihrem Treffen in Teheran eine gemeinsame Erklärung zum Syrien-Konflikt verabschieden. Erdoğan hat kürzlich damit gedroht, eine neue Invasion in Nordsyrien zu starten. Dort will er eine 30 Kilometer breite Pufferzone schaffen und die Kurdenmiliz YPG zurückdrängen, die er als verlängerten Arm der PKK ansieht. Es wird erwartet, dass Russland und Iran auf dem Gipfel am Dienstag versuchen wollen, Erdoğan von seinem Plan zum Einmarsch in Nordsyrien abzubringen.

Mazloum Abdi, Oberbefehlshaber der mit der YPG verbundenen Demokratischen Kräfte Syriens, hat Russland und Iran aufgefordert, die Türkei vor einem neuen Einmarsch in Nordsyrien abzuschrecken. Das iranische Staatsoberhaupt Ali Chamenei hat sich am Dienstag bei seinem [Treffen](#) mit Erdoğan ausdrücklich gegen die türkische Offensive in Syrien ausgesprochen.

"Der Terrorismus muss bekämpft werden, aber ein militärischer Angriff in Syrien wird auch den Terroristen nützen", betonte Chamenei. "Iran, die Türkei, Syrien und Russland müssen das Problem durch einen Dialog lösen."

Es ist davon auszugehen, dass sich alle drei Staaten für eine humanitäre Unterstützung der Flüchtlinge in Syrien, aber auch außerhalb Syriens aussprechen und die internationale Gemeinschaft auffordern werden, sich am Wiederaufbau der zerstörten Städte und Infrastruktur zu beteiligen. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die drei Parteien das von den UNO flankierte Komitee zur Bildung einer Verfassung unterstützen wollen.

Der russische Präsident Putin plant bislang nicht, seinen syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad nach dem Besuch in Iran anzurufen. Ein solcher Anruf könnte bei Bedarf aber organisiert werden, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Dienstag gegenüber TASS.

Beobachter erwarten, dass auch der Ukraine-Krieg auf der Tagesordnung in Teheran stehen werde. Bei einem bilateralen Gespräch zwischen Putin und Erdoğan soll es nach Angaben eines Kremlberaters um eine Wiederaufnahme der Getreidelieferungen aus der Ukraine gehen. In den Verhandlungen über Getreideexporte aus der Ukraine wurde letzte Woche nach türkischen Angaben eine vorläufige Einigung erzielt.

Es wird zudem erwartet, dass Putin sich heute mit dem iranischen Staatsoberhaupt Chamenei treffen wird. In den letzten Tagen machten Berichte die Runde, dass Iran Russland mit Drohnen für den Einsatz in der Ukraine versorgen wolle. Chamenei ist Entscheidungsträger bei strategischen Fragen in Iran. Bei seinem Treffen mit Putin soll es unter anderem um eine Militärkooperation zwischen Iran und Russland gehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6bcd0b480cc15a93d5849.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin und der iranische Präsident Ebrahim Raisi treffen sich am 19. Juli 2022 in Teheran.

17:40 de.rt.com: **USA setzen Russland auf Liste der Länder, in denen angeblich die "Gefahr einer Festnahme von US-Bürgern" besteht**

Das Weiße Haus hat Russland auf die Liste der Länder gesetzt, in denen angeblich die Gefahr einer "ungerechtfertigten Festnahme" bestehen soll. Nun empfiehlt ein hochrangiger US-Regierungsbeamter seinen Bürgern, nicht nach Russland zu reisen:

"Die Regierung wird einen neuen Risikoindikator in die Reiserichtlinien des Außenministeriums einführen, der das erhöhte Risiko einer unrechtmäßigen Festnahme von US-Amerikanern in bestimmten Ländern aufzeigt."

Der neue Risikoindikator D soll der Volksrepublik China, Iran, Nordkorea, Myanmar,

Venezuela und Russland zugewiesen werden.

Zuvor hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärt, die USA sollten in ihrer Argumentation gegenüber "zu Unrecht verurteilten" US-Amerikanern konsequent sein und einheitliche Standards anwenden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6b873b480cc1b9623182f.jpg>

abends:

18:00 de.rt.com: **Peking fordert gründliche Untersuchung von britischen und US-Kriegsverbrechen**

China zufolge sind diejenigen, die anderen Staaten am lautesten Kriegsverbrechen und andere Menschenrechtsverletzungen vorwerfen, selbst die schlimmsten Mörder unzähliger Zivilisten. Sie gehören laut Peking auf die Anklagebank.

Ein Vertreter der chinesischen Regierung hat am Montag erklärt, dass die internationale Gemeinschaft eine gründliche Untersuchung der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen Großbritanniens und der USA durchführen solle, damit den unschuldigen Opfern Gerechtigkeit widerfährt und die Menschen auf der ganzen Welt vor Schikanen und Grausamkeiten geschützt werden, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin äußerte sich auf einer täglichen Pressekonferenz zu Medienberichten, denen zufolge Mitglieder einer Sondereinheit der britischen Armee in Afghanistan "wiederholt" Gefangene und unbewaffnete Zivilisten töteten und sogar "miteinander wetteiferten, wer die meisten Morde begangen hat". Die Truppen wurden auch verdächtigt, Tatorte unkenntlich zu machen. Britische Beamte sollen Berichten zufolge versucht haben, diese Fälle zu vertuschen. Wang sagte, dass der Inhalt dieser Berichte einfach schockierend und empörend sei. Er fügte hinzu:

"Die grausamen Menschenrechtsverletzungen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die das menschliche Gewissen herausfordern, sind keine Einzelfälle. Es handelt sich um anhaltende, systematische und häufig wiederkehrende Vorfälle."

Wang zitierte Medienberichte, wonach zwischen den Jahren 2003 und 2008 Tausende von irakischen Zivilisten von britischen Soldaten misshandelt wurden, etwa durch Inhaftierung, Schläge, Demütigung und sexuelle Übergriffe. Einige wurden sogar ermordet. In den vergangenen fast 20 Jahren haben die Vereinigten Staaten mehr als 90.000 Luftangriffe auf Länder wie Afghanistan, Irak und Syrien geflogen, bei denen bis zu 48.000 Zivilisten ums Leben kamen.

Anstatt über ihre Gräueltaten nachzudenken, so Wang, hätten das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten auf jede erdenkliche Weise versucht, bezüglich dieser Schuld von sich

abzulenken.

Wang zitierte Medienberichte, denen zufolge ein vom britischen Parlament eingeführtes Gesetz über Auslandseinsätze solche britischen Soldaten, die im Ausland Folter und andere schwere Verbrechen begangen haben, vor der Strafverfolgung schützt und die Bemühungen behindert, die Täter in vollem Umfang zur Rechenschaft zu ziehen. Das britische Verteidigungsministerium behauptete, umfangreiche Untersuchungen zu den Taten britischer Soldaten in Afghanistan und im Irak durchgeführt zu haben. Doch 90 Prozent der mutmaßlichen Kriegsverbrechen wurden gar nicht untersucht. Zuvor hatte die US-Regierung Beamte des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) sanktioniert, die Kriegsverbrechen untersucht hatten, welche mutmaßlich von US-Truppen im Krieg in Afghanistan begangen worden waren. Wang erklärte:

"Diejenigen, die sich am lautesten für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen, haben sich als die tödlichsten Mörder unschuldiger Zivilisten entpuppt, und diejenigen, die die Menschenrechtslage in anderen Ländern am vehementesten angreifen, sind diejenigen, die in Sachen Menschenrechte auf die Anklagebank gehören."

Der chinesische Diplomat forderte eine gründliche internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen Großbritanniens und der USA, damit "den unschuldigen Opfern Gerechtigkeit widerfährt und die Menschen auf der ganzen Welt vor weiteren Schikanen und Grausamkeiten geschützt werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d66463b480cc4d9e24018b.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 19. Juli 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 254 Ortschaften, einschließlich Staromajorskoje, befreit. Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtungen fort!

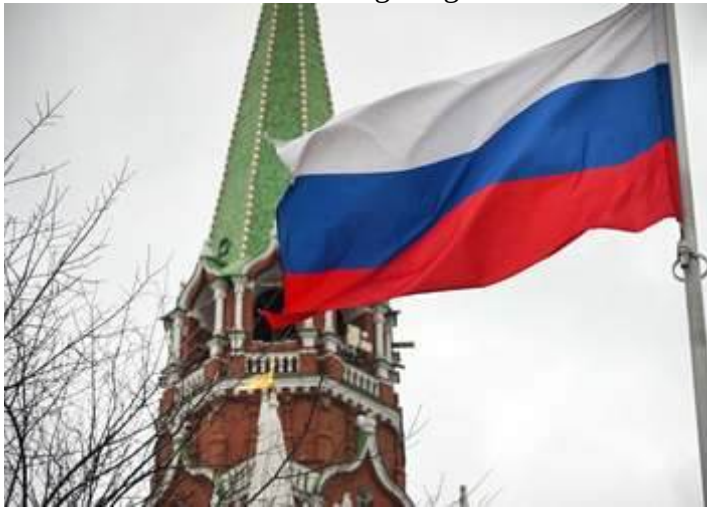
18:05 de.rt.com: **Kremlsprecher: Russland will für Lösung der Getreide-Krise sein Bestes geben**

Moskau erwartet, dass die vierseitigen Gespräche über den Export von Getreide aus ukrainischen Häfen in naher Zukunft fortgesetzt werden, und ist bereit, seinen Beitrag zur Lösung der globalen Nahrungsmittelkrise zu leisten. Dies teilte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, in einem Kommentar gegenüber dem russischen TV-Sender Perwy Kanal mit. Er sagte:

"Wir erwarten, dass diese Gespräche in naher Zukunft fortgesetzt werden. Sie wissen, wie wir bereits gesagt haben, dass eine militärische Delegation von uns dort teilnehmen wird. Russland ist bereit, einen Beitrag zur Lösung der Nahrungsmittelkrise zu leisten, die nicht nur anschwillt, sondern schon weltweit eingesetzt hat. Und wir betonen noch einmal nachdrücklich, dass nicht die Lage in der Ukraine, nicht das ukrainische Getreide die Ursache dieser Krise ist. Es ist nur ein geringer Teil."

Außerdem bezeugte Peskow die Bereitschaft Russlands, sein Bestes zu tun, damit die Getreide-Krise beendet wird:

"Russland ist nach wie vor bereit, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das ukrainische Getreide auf die Weltmärkte gelangt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d6ab7a48fbef77ef10e7a8.jpg>

18:30 de.rt.com: **Medienbericht: Identifizierung von Personen mit Verbindungen zu Russland in Nikolajew geplant**

Die südukrainische Stadt Nikolajew soll mehrere Tage lang für eine Razzia gesperrt werden, um Personen ausfindig zu machen, die möglicherweise mit der Russischen Föderation kooperieren. Dies berichtet die ukrainische Online-Ausgabe Strana.ua unter Berufung auf den Gouverneur des Gebiets Nikolajew Witali Kim. In der Nachricht des Telegram-Kanals Strana.ua heißt es:

"Sie wollen Nikolajew für ein paar Tage schließen und eine Razzia gegen die Kollaborateure durchführen."

Nach Angaben des Gouverneurs planen die von Kiew kontrollierten Behörden eine Ausgangssperre, während der sie "die Stadt für ein paar Tage schließen" und "von Tür zu Tür gehen und schlechte Menschen misshandeln" werden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 19.07.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 320 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden 5 Wohnhäuser beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 7 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:44 de.rt.com: **Irans Ölkonzern NIOC und Gazprom unterzeichnen historisches Memorandum über Kooperation**

Der russische Energieriese Gazprom und das Nationale Iranische Ölunternehmen (NIOC) haben in Teheran ein Memorandum über die Kooperation im Ölsektor unterzeichnet. Dabei

handelt es sich um die größte ausländische Investition in der Geschichte der iranischen Ölindustrie.

Vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen gegen Russland und der globalen Energiekrise bauen Moskau und Teheran ihre Zusammenarbeit aus. Am Dienstag haben das Nationale Iranische Ölunternehmen (NIOC) und der russische Energieriese Gazprom in der iranischen Hauptstadt ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Ölsektor unterzeichnet. Der geschäftsführende NIOC-Direktor Mohsen Khojasteh-Mehr [sagte](#) nach Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim, das Dokument sehe die größte ausländische Investition in der Geschichte der iranischen Ölindustrie. Somit werde Iran Dutzende Millionen US-Dollar aus Russland für die Entwicklung seiner Gas- und Erdölvorkommen bekommen.

Khojasteh-Mehr präzisierte, dass Gazprom laut dem Memorandum zehn Milliarden US-Dollar in die Entwicklung von zwei Gasvorkommen im Persischen Golf investieren werde. Russlands Beteiligung an den Projekten Kisch in der Nähe der gleichnamigen Insel und North Pars werde es ermöglichen, die tägliche Förderung um mehr als 100 Millionen Kubikmeter Gas zu steigern. Gleichzeitig habe sich der russische Konzern verpflichtet, sich an der Erschließung von sechs Ölvorkommen in Iran zu beteiligen. Darüber hinaus werde die russische Seite 15 Milliarden US-Dollar für ein weiteres gemeinsames Projekt mobilisieren. Der geschäftsführende NIOC-Direktor schätzte die Bedeutung des Memorandums sehr hoch und hob die Rolle Teherans und Moskaus bei der Gewährleistung der "energetischen Nachhaltigkeit weltweit" hervor. Khojasteh-Mehr verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die beiden Länder über Gasreserven mit einem Volumen von insgesamt 70 Billionen Kubikmetern Gas verfügten, was 30 Prozent der weltweiten Gasreserven sei.

Die Unterzeichnung des historischen Memorandums kam kurz vor dem Besuch des russischen Staatschef Wladimir Putin in Teheran. Am Dienstag war in der iranischen Hauptstadt ein Treffen mit seinen Amtskollegen Ebrahim Raisi und Recep Tayyip Erdoğan geplant. Die drei Staatschefs wollten über die Lage in Syrien sprechen. Auch bilaterale Angelegenheiten und der Ukraine-Krieg sollten zur Sprache kommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d6ac58b480cc15a93d5823.jpg>

18:50 de.rt.com: **Verteidigungsministerin Lambrecht: "Können nicht mehr viel aus der Bundeswehr abgeben"**

Die deutsche Bundeswehr könne Kiew im Ukraine-Krieg kaum noch militärische Hilfe leisten, sagte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht bei einem Besuch der Deutsch-Französischen Brigade am Dienstag in Müllheim. Sie erklärte der Deutschen Presse-Agentur zufolge:

"Wir können nicht mehr viel aus der Bundeswehr abgeben, das sage ich auch ganz deutlich." Dies sei auch dem ukrainischen Amtskollegen Alexei Resnikow bekannt, mit dem die Ministerin ein "sehr vertrauensvolles und konstruktives Verhältnis" habe, so Lambrecht. Dennoch betonte die SPD-Politikerin, dass Deutschland der Ukraine weiter zur Seite stehen wolle:

"Die Ukraine kann sich darauf verlassen, dass wir sie auch in Zukunft unterstützen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d6cb8748fbef77ef10e7f4.jpg>

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht bei einer Pressekonferenz während ihres Besuchs deutscher Bundeswehrsoldaten in Munster, 11. Juli 2022

19:20 de.rt.com: US-Handelsministerium: Ausfuhren nach Russland seit Ende Februar um 88 Prozent gesunken

Der stellvertretende US-Handelsminister Alan Estevez hat bei einer Sitzung im Kongress mitgeteilt, dass die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhren nach Russland seit Ende Februar um 88 Prozent reduziert hätten. Wörtlich hieß es:

"Insgesamt sind die US-Ausfuhren nach Russland wertmäßig um etwa 88 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2021 zurückgegangen."

Estevez präzisierte ferner, dass es um den Berichtszeitraum vom 24. Februar bis zum 1. Juli gehe.